Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hansa 2447—51

Nr. 12 | Hamburg, den 21. März 1919. | 4. Jahrg.

Inhalt:

Der Standpunkt der Kaufmannschaft ..... Seite 233
Entwicklung und Lage der westdeutschen Zementindustrie ..... „ 234
Das Ende der österreichisch-ungarischen Kronenwährung ..... „ 236
Länder-Berichte:
Vereinigte Staaten ..... „ 238
Philippinen ..... Seite 241
Portugiesisch-Ostafrika ..... „ 243
Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital ..... „ 244
Schiffahrt und Schiffbau ..... „ 248
Rohstoffe und Warenmärkte ..... „ 250

Der Standpunkt der Kaufmannschaft

Wenn Gesetze hinreichen, den Beginn einer Epoche festzulegen, so hat mit den Sozialisierungs-Entwürfen, die in diesen Tagen von der verfassunggebenden Versammlung zum Gesetz erhoben worden sind, das Zeitalter des Sozialismus begonnen.

Die Pflicht zur Arbeit ist statuiert, das Recht auf Gewährung eines Existenzminimums im Fall der Arbeitslosigkeit eingeräumt. Für die gemeinwirtschaftliche Erzeugung und Verteilung der wichtigsten Rohstoffe und Kraftquellen sind Handhaben geschaffen. Vorlagen über die Eingliederung der Arbeiterräte in Verwaltung und Gesetzgebung werden angekündigt. Von der anhebenden Umwälzung wird kein Zweig der deutschen Gewerbe unberührt bleiben können.

Zwar sind sich auch die Gegner des kapitalistischen Wirtschaftssystems bewußt, daß in den nächsten Jahrzehnten, vielleicht in den nächsten Menschenaltern noch breite Strecken der neuen Wirtschaft von mächtigen und wertvollen Resten der älteren Ordnungen beherrscht sein werden. Wenn aber die gegenwärtig eingeleitete Sozialisierungsaktion nicht bloße Episode bleibt (was nur durch einen völligen Umsturz der bestehenden Machtverhältnisse herbeigeführt werden könnte, der heute außerhalb des Bereichs des Möglichen zu liegen scheint), so wird dennoch die Geschichte der deutschen Wirtschaft mit dieser Aktion eine neue Epoche beginnen lassen müssen.

Auch nach dem Beginn des kapitalistischen Zeitalters haben sich jahrhundertelang wichtige Teile der Volkswirtschaft in feudalen und handwerksmäßigen Bahnen fortbewegt; erst seit hier drei dort fünf Menschenaltern ist das Beharrungsvermögen der vorkapitalistischen Wirtschaftsformen durchaus gebrochen worden; der Einspruch ihrer Vertreter gegen den neuen Geist der Zeit gilt erst seitdem als Ausdruck einer Vergangenheit, die für immer dahin ist. Gehen die Dinge ihren Lauf, so wie die Anhänger des proletarischen und ideologischen Sozialismus sich ihn denken, so wird der privatkapitalistische Industrielle sich daran gewöhnen müssen, von den Vertretern der sozialistischen Wirtschaftsformen so betrachtet zu werden, wie diese Industriellen bisher die Repräsentanten des Handwerks anzusehen pflegten.

Die Kaufmannschaft beobachtet diesen Vorgang mit einem Grauen, in das sich Sorge, Gram und Erbitterung mischen. Das Atemelement des Handels ist der freie Markt, seine Triebkraft die Initiative des Unternehmers, das Fundament seiner Arbeit das Privateigentum, das Regulativ seines Handelns die Rentabilität des Kapitals. Entzieht man ihm einen dieser Faktoren, so fühlt er sich des Bodens oder der Luft, des Motivs oder des Maßes beraubt, und nicht nur sich selbst, sondern die ganze Volkswirtschaft. Denn nicht mit Unrecht war der Kaufmann gewohnt, den Handel als die bewegende Kraft des wirtschaftlichen Getriebes dieser Zeit überhaupt zu betrachten.

Mochte die Herrschgewalt des Kaufmanns durch die massiveren Machtkomplexe der schweren Industrie zurückgedrängt, das händlerisch-spekulative Moment mit den Fortschritten der Syndikats- und Trustbildung durch das organisatorisch-bürokratische Moment schon im letzten Menschenalter deutscher Wirtschaft immer mehr ausgeschaltet sein: der Ausgleich von Angebot und Nachfrage durch die in freiem Wettbewerb erzielten Preise galt noch immer als das zuverlässigste Regulativ von Herstellung und Verbrauch; der Einsatz von Eigenkapital und nur sich selbst verantwortlicher Unternehmertätigkeit als sicherste Bürgschaft höchster Ökonomie in der Verwendung von Arbeitskraft und Rohstoff. Als Nerv der Wirtschaft erschien hier die Aufspürung und Ausnutzung von Preisunterschieden: Preisen desselben Gutes auf verschiedenen Märkten und zu verschiedenen Zeiten; Preisen des Rohstoffs und der Arbeitskraft einerseits, der Fertigprodukte andererseits.

Der Sozialismus will an die Stelle dieser anscheinend automatisch einsetzenden Funktionen die bewußte rationelle Regelung von Herstellung und Verteilung durch gemeinwirtschaftliche Organisation setzen. Er ist nicht davon überzeugt, daß die privatwirtschaftliche Rentabilität zugleich höchste volkswirtschaftliche Produktivität bedeutet; daß freie

Preisbildung die Ware am zweckmäßigsten zum Ort ihrer Bestimmung lenkt und daß die unbeschränkte Verfügung über die Arbeitsmittel notwendig zur Entfaltung der wirtschaftlichen Führereigenschaften sei.

Es ist diese Umwertung der ihm geläufigen Werte, gegen die sich der Handel empört und erbittert auflehnt. Er ist erst spät zur Erkenntnis der Konsequenzen gekommen, die sich für ihn nicht nur als Summe von Interessenten, als Stand, sondern als Verkörperer eines bestimmten wirtschaftlichen Ordnungsprinzips aus dem Heraufkommen der neuen Gedankenwelt ergeben. Als der Krieg ausbrach und die ersten sprunghaften Preiserhöhungen zum Gegenstand allgemeiner Sorge wurden, haben Vertreter des Handels die Festsetzung von Höchstpreisen nicht nur gebilligt, sondern oft auch empfohlen, ohne zu begreifen, daß mit dem Ausschalten der marktmäßigen Preisbildung zugleich der Lebensnerv des Handels getroffen werden mußte. Die Kaufmannschaft ist blind in das sie umstellende Netz gegangen. Sie hat sich in der ersten Zeit des Krieges mit dem Glauben getröstet, daß alle diese Einschränkungen nur kurze Zeit dauern könnten.

Als die Ahnung dämmerte, daß der Glaube an ein nahes Kriegsende ein Irrwahn gewesen sei, war es zu spät, das System zu ändern. Konstruktive Vorschläge zur Neuordnung der Dinge sind aber auch damals nicht gemacht worden. Man wußte nichts besseres als gegen die Ausschaltung des Handels zu protestieren und für raschen Abbau der Kriegsgesellschaften nach Friedensschluß einzutreten. Das Helfferichsche Trugbild einer Übergangswirtschaft, die sich im ganzen nur mit der Technik der Wiederherstellung der Friedenswirtschaft zu beschäftigen habe, fand mehr Gläubige als der deutschen Wirtschaftspolitik gut war. Viele Handelszweige haben es damals abgelehnt, den Ämtern irgendwelche Vorschläge für die Umgestaltung der regiminalen Wirtschaftskörper zu machen. Sie glaubten ihren Interessen am meisten zu dienen, wenn sie die bloße Einsetzung in den status quo ante zur Bedingung ihrer Mitarbeit machten. Die Stimmen weniger Mahner wurden als handelsfeindlich und wirtschaftsfremd mißachtet.

Der Gang der Dinge hat schließlich diesen Stimmen recht gegeben. Schon vor dem Beginn der säkularen Umwälzung haben auch Teile des Gewerbes und Handels erkannt, daß sie sich nur des Restes von Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft berauben würden, wenn sie weiter in der bloßen Opposition verharrten. Sie haben Pläne für die Regelung von Einfuhr und Rohstoffverteilung aufgestellt und mit den Vertretern der Ämter beraten. Sie haben damit dasjenige für die Übergangszeit getan, was für die Zeit der Kriegswirtschaft selber getan worden wäre, wenn diese Teile der Wirtschaft so vorausschauende Führer hervorgebracht hätten, wie die Begründer der Kriegsrohstoffwirtschaft.

Dieser veränderte Standpunkt ist lange der Öffentlichkeit unbemerkt geblieben. Erst in den Hamburger Kundgebungen vom 12. März ist er grundsätzlich ausgesprochen worden: Abbau der Zwangswirtschaft, Einschaltung des Handels, Entfaltung aller Kräfte der deutschen Wirtschaft; wo aber das Wohl des Ganzen die Freiheit des Einzelnen einzuschränken zwingt, Selbstverwaltung in Handel und Industrie an Stelle behördlicher Reglementierung. Mit dieser Formulierung ist ein wichtiger Schritt getan, der die Verständigung mit der Regierung beträchtlich erleichtern muß. Was in einzelnen Plänen schon für diesen und jenen Zweig der Lebensmittel- und Rohstoffwirtschaft vorgesehen war, wird hier zur Maxime einer allgemeinen Regelung erhoben. Es besteht nach den Äußerungen des Reichswirtschafts-Ministers Wissell und des Unterstaatssekretärs Wichard von Moellendorff begründete Hoffnung, daß diese Maxime von der Regierung zum Prinzip ihrer Gesetzgebung gemacht werden wird.

Die Kaufmannschaft hat aber eingesehen, daß noch ein zweiter, nicht minder bedeutsamer Schritt getan werden muß. Ihre Front war bisher allein gegen die Geistlosigkeit einer erstarrten Bürokratie gerichtet; die veränderte Lage zwingt sie, sich zugleich Sicherungen gegen den Dilettantismus hyperrevolutionärer Doktrinäre zu schaffen. Solche Sicherungen aber können allein in einer Bestimmung der Verfassung enthalten sein, durch die verbürgt wird, daß kein Akt wirtschaftspolitischer Gesetzgebung erfolgt, ohne daß die zu einer ständigen Vertretungskörperschaft aller beteiligten Wirtschaftskreise vereinigten Sachverständigen gehört worden sind. Es ist der von uns einige Monate vor der Revolution behandelte Gedanke des Bismarckschen Reichwirtschaftsrats, der veränderten Lage der Dinge und Kräfte entsprechend abgewandelt und weitergedacht. Die Andeutungen der Regierung über die Fortbildung und Verankerung des Rätesystems scheinen sich auch hier in der gleichen Richtung zu bewegen.

Dennoch wird viel Wachsamkeit nötig sein, um eine dauernde Verkümmerung des Handels zu verhüten. Für den gewöhnlichen Leser sozialistischer Schriftsteller liegt es nahe, die Tätigkeit des Kaufmanns im Einkauf durch ein staatliches Monopol, beim Absatz durch eine staatliche Verteilungsstelle mit Vorteil ersetzbar zu glauben. Nun beginnt man zwar an den entscheidenden Stellen zu begreifen, daß Sozialisierung nicht notwendig Zentralisierung bedeutet, daß bewußte Regelung nicht immer Zuwachs an Produktivität verbürgt und daß im eigentlichen Sinne nur dort sozialisiert werden kann, wo die kapitalistische Wirtschaft zur Trennung des Kapitalbesitzers von dem Betriebsleiter geführt hat. Dieser Entwicklungsgrad ist in vielen Zweigen des Handels bisher nicht erreicht und wahrscheinlich überhaupt nicht erreichbar. Um so unsinniger würde es sein, die neuen Wirtschaftsformen, die den Verhältnissen monopolistisch entwickelter Teile der Binnenwirtschaft entsprechen, schematisch auf die durchaus andersartige Struktur von Handel und Schiffahrt zu übertragen. Der Handel wird Mühe haben, dieser Erkenntnis zur Geltung zu verhelfen. Er wird aber dabei nur dann auf Erfolg rechnen dürfen, wenn er auch in Zukunft nicht die Notwendigkeit grundsätzlicher Umstellungen schlechthin leugnet, sondern sie auch dort handelnd und mitgestaltend anerkennt, wo die Einsicht ihm bitter ist und viel vorausschauende Kühnheit fordert. Es hängt nicht zum wenigsten von ihm selbst ab, ob er Bedrängter bleiben oder Führer sein wird.

Kurt Singer

Entwicklung und Lage der westdeutschen Zementindustrie

Als der Krieg ausbrach, befand sich die westdeutsche Zementindustrie in einer wenig beneidenswerten Lage. Zwar war es einige Monate vorher nach langen, harten Kämpfen gelungen, den Rheinisch-Westfälischen Zementverband wieder zusammenzuleimen, aber das schien nur ein Provisorium zu sein, ein endgültiger Ausweg aus all den Schwierigkeiten war damit nicht gefunden. Nach seiner ganzen Struktur schien der neue Verband dazu bestimmt, durch die Entwicklung der Verhältnisse auf dem Zementmarkte bald wieder auseinandergerissen zu werden.

Die Zementindustrie trug als eine noch recht junge Industrie alle Spuren der Kinderkrankheiten an sich. Diese Kinderkrankheiten hatten ein arges Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch herbeigeführt. Die Gründe hierfür waren mannigfacher Art. Zunächst kommt in Betracht, daß in Westfalen an zahlreichen Stellen unermeßliche Lager hochwertigen Rohmaterials für die Zementindustrie vorhanden sind, die in Verbindung mit dem fortgesetzt steigenden gewaltigen Verbrauche des nahen Industriereviers zu immer neuen Gründungen anreizten, wobei ein modernes Zementwerk mittlerer Größe mit verhältnismäßig geringem Kapital herzustellen war. Das Kapital der Zementindustrie war außerordentlich verteilt und befand sich in kleinen und kleinsten Beträgen in vielen Händen. Zu einer Konzentrationsbewegung war es noch nicht gekommen und große, führende Konzerne gab es noch nicht, sodaß die verschiedenen älteren Verbände nicht in die Lage gekommen waren, eine Preispolitik zu verfolgen, die vermocht hätte, die ständig wie Pilze aus der Erde schießenden Neugründungen zu bekämpfen. Es tauchten immer wieder neue Außenseiter auf welche die Syndikatspreise unterboten und sich durch langfristige Vorverkäufe einen gewaltigen Absatz verschafften, der ihnen die völlige Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit ermöglichte und dadurch eine gewisse Rentabilität gewährte. Es ist klar, daß unmoderne, veraltete oder aus irgendwelchen anderen Gründen bei freiem Wettbewerb nicht mehr lebensfähige Werke in einem Syndikate eine ständige Gefahr in Richtung einer zu hoch getriebenen Preispolitik bilden und dem Syndikat auf diese Weise die Möglichkeit nehmen, Neugründungen zu bekämpfen.

Die Folge der auf diese Weise entstandenen Überproduktion war natürlich, daß die Zementindustrie ihre Leistungsfähigkeit nur zu einem ganz geringen Teil auszunutzen vermochte. Der Absatz der Syndikatswerke ging immer mehr zurück und betrug im Jahre 1913 nur noch 55 36 % der Gesamtbeteiligung im Rhein.-Westf. Zementverbande. Gut eingerichtete, kapitalkräftige Werke glaubten unter diesen Umständen, im freien Wettbewerb besser zu fahren als im Syndikat, umsomehr, als i. J. 1913 12 weitere Werke von 20 geplanten im Bau begriffen waren.

Die ungünstigen Verhältnisse, in welche die westdeutsche Zementindustrie durch diese Entwicklung geraten war, prägte sich auch in den Kursen und Dividenden aus, von denen diejenigen einiger Werke angeführt seien:

Werk	1906 %		1907 %		1908 %		1909 %		1910 %		1911 %		1912 %		1913 %		1914 %		1915 %		1916 %		1917 %	
	Kurs	Div.	Kurs	Div.	Kurs	Div.	Kurs	Div.	Kurs	Div.	Kurs	Div.	Kurs	Div.	Kurs	Div.	Kurs	Div.	Kurs	Div.	Kurs	Div.	Kurs	Div
Wicking	177,50	12	138,75	12	135	10	127,10	7	111.90	4	115	4	97	5	109 50	0	85	0	—	0	82	0	177,50	12
Mark	—	14	—	15	—	14	148,90	10	127,25	6	120,85	4	90,25	4	105,10	4	85	0	—	0	65	0	142	6
A.-G.R.W.Zem.-I.	250	18	185	16	174	12	165	8	149,50	7	157	8	133	10	141	12	137,50	0	—	0	94	0	170	10
Porta Union	—	9	—	10	—	8	111	5	88,75	0	104,50	5	87,75	6	107,90	7	105 10	3	—	0	90	0	149	8
Germania Vorz.-A.	—	5	121	8	116	8	100	5	92,50	0	82,75	0	63,50	0	77,50	0	83,75	0	—	0	47	0	141,25	8
Westfalia	254,75	20	213,50	20	214,50	17	197,50	10	173,75	6	158	5	118	5	124,50	5	100	0	—	0	95	0	159	9
Höxt.-Godelheim	132	6	107,50	6	85	6	79,75	4	64	0	70,75	0	70,50	4	83,50	8	87	0	—	0	88	0	134,50	10
Roland	—	—	—	—	—	—	—	0	—	0	—	10	—	10	—	12	—	0	—	0	—	5	—	—
Kröner	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0	—	8	—	8	—	4	—	0	—	0	—	—

Im Jahre 1914 verschlechterten sich die Verhältnisse der Zementindustrie weiter. Bis Ende Mai war erst ein Absatz von 13 % erreicht, so daß die Gefahr des Auseinanderfallens des eben erst erneuerten Zementsyndikats wieder in greifbare Nähe rückte, da eine Kündigung des Gesellschaftsvertrages durch jedes Werk möglich war, wenn der Absatz zwei Jahre lang unter 30 % der Beteiligung blieb. Die Absatzverhältnisse stellten sich wie folgt: 1912: 58,95 %, 1913: 55 36 %, 1914: 27,2 %.

Der Krieg brachte in den ersten Jahren der Zementindustrie eine weitere Verschlechterung ihrer Lage. Während vorher der Verbrauch an Zement immerhin ganz bedeutend war, wenn er auch eine volle Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der Werke nicht ermöglichte, so ging er unter den Einwirkungen des Krieges wesentlich zurück und stockte mit Ausnahme von einigen Ablieferungen für die Heeresverwaltung vollständig. Allerdings war der Zementverband in seinem Bestande nicht mehr bedroht, denn nach dem Gesellschaftsvertrage konnten die Mitglieder das Recht der Kündigung nicht in Anspruch nehmen. Auch in anderer Beziehung brachte der Krieg der Zementindustrie einen wenn auch zunächst nur theoretischen Vorteil. Die vielen im Bau begriffenen Neugründungen konnten nicht vollendet und Neubauten nicht in Angriff genommen werden. In welcher Weise die Kriegsjahre 1914, 15 und 16 auf die geschäftlichen Ergebnisse der Zementindustrie wirkten, zeigt obige Kurs- und Dividendentabelle.

In der zweiten Hälfte des Krieges brachte die Organisierung der deutschen Industrie für den Kriegsbedarf einen gründlichen Wandel. Zum besseren Verständnis ist es notwendig, hier auf die gesamte deutsche Zementindustrie einzugehen. Unter den gleichen Krankheiten wie die westdeutsche litt natürlich die ganze deutsche Zementindustrie. In dieser bestanden im Jahre 1916 acht verschiedene Verbände, die unter sich ein Kartellverhältnis abgeschlossen hatten. Außerhalb dieser Verbände arbeiteten allenthalben Außenseiter, zu denen i. J. 1916 neue auf den Plan getreten waren, wodurch der Bestand mehrerer mitteldeutscher Verbände bedroht war. Hier hatten die Verbandswerke die Gesellschaftsverträge zu Ende des Jahres 1916 gekündigt, um freie Hand im Konkurrenzkampfe zu gewinnen. Da griff die Regierung ein, die sich dabei, offenbar auf Vorstellungen aus Kreisen der Zementindustrie, von dem Gedanken leiten ließ, daß die Leistungsfähigkeit nicht durch planlose Wirtschaft erschüttert werden dürfe, daß nur eine einheitlich organisierte und geschlossen auftretende Zementindustrie als Machtfaktor auf dem Weltmarkte Geltung zu gewinnen vermöge. Zudem wurden gerade die Pläne ausgearbeitet, welche uns Ende 1916 die Organisierung der gesamten deutschen Industrie für die Landesverteidigung brachten. Hierbei spielte auch die Zementindustrie eine bedeutende Rolle. Einmal schon wegen des starken Kohlenbedarfs (zur Erzeugung eines Doppelwaggons Zement bedarf es eines halben Doppelwaggons Kohle), dann aber auch, weil das Heer für den Ausbau der Siegfriedstellung und die Kriegsindustrie für ihre Neubauten große Mengen Zement bedurften. Zunächst wurde am 29. Juni 1916 eine Bundesratsverordnung erlassen, welche Neuanlagen verbot und Vorverkäufe über den 31. Dez. 1916 hinaus für ungültig erklärte. Hierdurch gewann die Zementindustrie Zeit, ihre Verbandangelegenheiten in Ruhe zu ordnen. Das ging allerdings nicht ohne behördlichen Druck ab, und die Verordnung mußte nochmals für ein halbes Jahr erneuert werden. Das zunächst angestrebte Ziel eines allgemeinen deutschen Zementsyndikats kam nicht zustande. Es bildeten sich vielmehr drei große Gruppen: der Nordd. Zementverband, die Südd. Zementverkaufsstelle und der Rhein.-Westf.

Zementverband. Gruppen, die durch einen Kartellvertrag zum Deutschen Zementbund zusammengeschlossen wurden, zu dem dann noch der Verband rheinischer Hochofenzementwerke kam. In diesen Verbänden waren alle Zementwerke Deutschlands syndiziert oder mit ihnen durch Kartellverträge verbunden.

In Westdeutschland gab es im Gebiete des Rhein.-Westf. Zementverbandes nun keine Außenseiter mehr. Im Febr. 1917 kam die dritte Erneuerung des Verbandes seit 1914 zustande. Die Beteiligungsverhältnisse stellten sich gegen früher wie folgt:

Bis 1914.....: 31 Werke mit 8 819 000 Faß,
Erneuerung 1914: 33 Werke mit 21 168 500 Faß,
Erneuerung 1917: 41 Werke mit 24 384 500 Faß.

Der Rhein.-Westf. Zementverband ging nun daran, Werke aufzukaufen und still zu legen. Unter den einzelnen Werken des Verbandes setzte gleichzeitig eine Fusionsbewegung ein, die das gleiche Ziel erstrebte, nämlich die Beteiligung kleinerer Werke auf große, leistungsfähige zu übertragen, um deren restlose Ausnutzung zu ermöglichen. An der Spitze dieser Konzentrationsbewegung standen die Wickingwerke, die schließlich im Verbande zusammen mit den ihnen durch Interessengemeinschaft verbundenen Werken 20,84 % der Gesamtbeteiligung erreichten. Nachstehende Tabelle, die aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen kann, gibt über die Fusionsbewegung näheren Aufschluß:

Wickingwerke: Roland, Portlandzement- und Kalkwerke Münster, Rudolf Kröner, Grimberg und Rosenstein (Interessengemeinschaft).

Porta Union: Roman-Zementwerke Bauer, Monopol A.-G. (R. W. Zementverband), Meteor A.-G., Gewerkschaft Lothringen, Rothe Erde, G. m. b. H., Victoria Luise, G. m. b. H., Geseker Kalkwerke, G. m. b. H, Allgemeine Baugesellschaft Essen, G. m. b. H., Zement- und Wasserkalkwerke Geseke, G. m. b. H.

Begünstigt wurde dieser Aufsaugungsprozeß durch den Aufschwung, den das Jahr 1917 der Zementindustrie infolge der intensiven Kriegswirtschaft brachte. Der erhöhte Verbrauch in Verbindung mit einer Erhöhung der Preise ermöglichte den meisten Werken, für 1917 mit nicht unerheblichen Gewinnen abzuschließen und Dividenden zu verteilen. (S. obige Kurs- und Dividendentabelle.)

Über die Preisentwicklung gibt nachstehende Übersicht Auskunft:

Bei Ausbruch des Krieges ..... 350 ℳ pro Doppelwaggon,
Am 1 Jan. 1917 bei Eintritt der behördlichen Preisregulierung..... 430 ℳ pro Doppelwaggon,
Seit dem 1. Okt 18 für Staatsaufträge 735 ℳ pro Doppelwaggon,
„ „ 1. „ 18 „ Privataufträge 760 ℳ pro Doppelwaggon,

Seit Ausbruch der Revolution hat sich die Lage der Zementindustrie wieder ungünstiger gestaltet. Die Produktion ist auf ein Minimum heruntergegangen. Die Schwierigkeiten bestehen vor allem in mangelnder Kohlenzufuhr, die sich im Januar 1919 auf 27 % der vom Reichskohlenkommissar zugeteilten Menge belief. Der verminderten Produktion auf der einen Seite stehen vermehrte Arbeitereinstellung infolge der Rückkehr der Feldsoldaten und höhere Löhne gegenüber, so daß die Werke gegenwärtig mit Verlust arbeiten. Mit Gewinn dürfte auch das Jahr 1918 nicht mehr abschließen.

Diese Verhältnisse haben die westdeutsche Zementindustrie veranlaßt, an die Regierung wegen der Erhöhung der Preise um 300 ℳ je Doppelwaggon heranzutreten. Allerdings verschließt sich die Zementindustrie nicht der Überzeugung, daß es im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse nicht wünschenswert ist, die Zementpreise weiter zu erhöhen; auch könnten die Bauunternehmer möglicherweise zu der alten Bauweise zurückkehren oder zu einer ausgedehnten Verwendung von Zementsurrogaten übergehen. Auf die Einrede der Regierung, daß mit einem Abbau der Preise begonnen werden müßte, um eine Belebung der Bautätigkeit zu erzielen, wurde von der Zementindustrie entgegengehalten, daß der Abbau bei den Grundstoffen und Löhnen beginnen müsse, um eine Verbilligung des Fabrikates zu erreichen. Die Zementindustrie sei eine fabrikatorische Industrie. Ihre Grundstoffe seien Kohle, Mergel und Kalk. Solange nicht eine Verbilligung der Kohle einträte, diese vielmehr, wie noch jetzt, weiter im Preise steige, könne von einem Abbau der Zementpreise keine Rede sein. Bei der Baustoffbeschaffung spiele zudem der Zement nicht die Hauptrolle, denn die Zementbeschaffung erfordere nur 3 % der gesamten Bausumme.

Eine Sozialisierung der Zementindustrie im Sinne der Verstaatlichung kommt auch wohl nach Ansicht der machthabenden Instanzen kaum in Frage. Soweit man jedoch unter Sozialisierung Schutz der Industrie durch planmäßige Kontingentierung, Ausschaltung der vom Frieden her so bekannten gegenseitigen Bekämpfung der Werke untereinander, die zur Vergeudung von Arbeitskraft und Gütern führte, versteht, ist der Zementindustrie damit wohl gedient. Wie ausgeführt, hat die Zementindustrie diesen Weg planmäßiger Wirtschaft ja schon selbst im Kriege gemeinschaftlich mit der Regierung beschritten.

Hanns Glebsattel, Essen-Ruhr

Das Ende der österreichisch-ungarischen Kronenwährung

II.*)

Die deutschösterreichische Regierung geht wesentlich weniger radikal vor als die tschechische, und es steht heute noch keineswegs fest, ob nicht ihr zaghaftes Vorgehen schließlich den Zweck der ganzen Abstempelungsaktion in Deutschösterreich vereiteln wird. Vor allem hat sie den Beginn der Abstempelung unnötigerweise verzögert. Zwar ist bereits am 1. März die Abstempelung der Noten verfügt worden, aber die durchführende Kundmachung ist erst am 7. veröffentlicht worden und als Abstempelungsfrist ist die Zeit vom 12. bis 24. März festgesetzt, d. h. die Abstempelung in Deutschösterreich beginnt erst in einem Zeitpunkt, in dem sie in Tschecho-Slowakien bereits vollendet ist. Während in diesem Zeitpunkt die tschechische Regierung die völlige Grenzsperre aufhob, muß sie in Deutschösterreich erst dann mit aller Schärfe einsetzen, was natürlich Deutschösterreich, welches auf Lieferungen aus Böhmen angewiesen ist, weit mehr schädigt als den tschechischen Staat und dabei doch keine Gewähr bietet, daß nicht die in der festgesetzten Frist in Böhmen nicht abgestempelten Noten doch nach Deutschösterreich eingeschmuggelt werden, zumal hier während der ganzen Abstempelungsfrist gestempelte und ungestempelte Noten nebeneinander Zahlkraft behalten und die ausschließliche Zahlkraft der abgestempelten Noten erst durch besonderes Gesetz angeordnet werden soll. Dabei ist es noch nicht einmal sicher, ob die Abstempelung in Deutschösterreich wirklich innerhalb der in Aussicht genommenen Frist technisch durchführbar sein wird.

Die Probleme, welche die überstürzte, nicht im gegenseitigen Einvernehmen der Nationalstaaten, sondern eigenmächtig durchgeführte Währungstrennung aufwirft, sind in ihrer ganzen Tragweite vorläufig noch gar nicht zu übersehen. Die Ab-

*) Vergl. „Wirtschaftsdienst" Nr. 11 v. 14. März 1919.

stempelung soll in Jugoslawien offenbar den Übergang zur Dinarwährung, in Böhmen und Mähren den Übergang zu der in Aussicht genommenen Francswährung vorbereiten. Ihre Durchführung ist zurzeit anscheinend doch noch nicht möglich, da die Entente mit ihrer Finanzhilfe gegen ihre slawischen Verbündeten in der früheren Donaumonarchie trotz der großsprecherischen Ankündigungen mancher tschechischer Staatsmänner auffallend zurückhaltend und ohne Ententehilfe die Errichtung eines neuen Währungssystems nicht möglich ist.

Damit greift die tschechische Regierung aber zugleich der Aufteilung der früheren östereichischen Staatsschulden vor. Denn indem sie die auf ihrem Gebiet (einschließlich des gewaltsam besetzten Deutschböhmen und Sudetenlandes) umlaufenden Noten und Staatsschuldentitre abstempelt, nimmt sie diesen Teil des Notenumlaufes und der österreichischen (bzw. in der Slowakei der ungarischen) Staatsschuld auf sich. Deutschösterreich muß bei dieser Art der Liquidation nicht schlecht wegkommen. Die Abstempelung in Jugoslawien soll einen Notenumlauf von 7 bis 8 Milliarden ergeben haben. Das läßt für Böhmen, Mähren, Schlesien und die Slowakei einen Umlauf von mindestens 12 bis 15 Milliarden erwarten. Der Rest auf 37½ Milliarden verteilt sich über Deutschösterreich, Galizien und Ungarn einschließlich Siebenbürgen, sowie das ganze früher besetzte und neutrale Ausland, so daß auf Deutschösterreich kaum mehr als 5 bis 6 Milliarden entfallen dürften, zumal hier die Zahlungssitten weitaus am modernsten sind und Deutschösterreich sich am meisten an der Kriegsanleihe beteiligt hat. Dem verhältnismäßig geringen Notenumlauf steht freilich ein umso größerer Besitz an Kriegsanleihen gegenüber. Immerhin scheinen sich Banknoten und Kriegsanleihen zusammen über das frühere österreichische Staatsgebiet so zu verteilen, daß ihre Gesamtmasse ungefähr der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Gebiete entspricht, so daß bei gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ein größerer Kriegsanleihebesitz einen geringeren Banknotenbesitz bedingt und umgekehrt. Denn da Böhmen und Mähren während des Krieges dem gleichen Liquidationsprozeß ihrer Wirtschaft unterworfen waren wie die übrigen Länder der Monarchie, an agrarischen und industriellen Lieferungen aber sich in besonders hohem Maße beteiligten, mußten sich dort im Laufe der Jahre riesige Barmittel ansammeln, für die es infolge der Blockade, der Unmöglichkeit industrieller oder landwirtschaftlicher Investitionen oder einer ausgiebigen Vorratsergänzung keine Anlagemöglichkeit gab.

Entscheidend für die Schuldenmasse, die Deutschösterreich schließlich verbleibt, wird das Schicksal der zahlreichen großen und mittleren Unternehmungen sein, die in Wien ihren Sitz und in Böhmen und Mähren ihren Betrieb haben. Bleiben diese Unternehmungen deutschösterreichisch, dann erhöhen sie entsprechend auch die Steuerkraft des deutschösterreichischen Staates und damit seine Fähigkeit, für einen größeren staatlichen Schuldenblock aufzukommen. Wandern sie in das Land ihrer Betriebsstätte ab, dann geht die Sorge um den Kriegsanleihebesitz dieser Unternehmungen an den tschechischen Staat über, dann vermindert sich eben auch die Höhe der deutschösterreichischen Verpflichtung in entsprechendem Maße. Freilich verfälscht sich diese wirtschaftliche Grundtatsache mehr und mehr zu Ungunsten Deutschösterreichs, je länger die Ungewißheit über die finanzielle Auseinandersetzung und die völlige finanzielle Scheidung sich hinzieht. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß in den Monaten seit der Revolution beträchtliche Mengen an Kriegsanleihe aus den Gebieten des tschecho-slowakischen Staates nach Deutschösterreich eingeströmt und dafür sehr große Aktienposten von Industriegesellschaften aller Art in tschechischen Besitz übergegangen sind, worauf ja zum großen Teil die Börsenhausse in den letzten Monaten zurückzuführen sein dürfte. Dabei haben die Tschechen in den Wiener Filialen der Prager tschechischen Banken jederzeit ein gefügiges Werkzeug für ihre Transaktionen, die völlig unkontrolliert Schiebungen aller Art durchführen können, obwohl bereits seit langem die Entsendung besonderer deutschösterreichischer Regierungskommissare in diese Bankfilialen von der hiesigen Öffentlichkeit gefordert wird.

Die tschechische Regierung selbst hat dieser Tage zum erstenmal offiziell ihr Desinteressement an der Kriegsanleihe erklärt. In der Gesandtenkonferenz der Nationalstaaten hat der tschechische Gesandte im Namen seiner Regierungen Verhandlungen über die Sicherung der weiteren Kupons der österreichischen Anleihen schlechthin abgelehnt, da die tschechische Regierung damit eine „Illoyalität gegenüber den Verbündeten begehen würde, wenn sie mit irgend einer Quote für die Zahlung der Kupons der Kriegsanleihe beisteuern würde. Es müßte dies als Billigung der unerhörten Gewalttätigkeiten angesehen werden, welche am tschecho-slowakischen Volk seitens derjenigen verübt wurden, deren Erben zweifellos die deutschösterreichische und die ungarische Republik sind und welche auch jetzt noch im innigen Verhältnis zu den Feinden der Verbündeten stehen." Daß dies der Auffassung der Entente nicht entspricht, sondern lediglich ein haltloser Vorwand ist, um sich den finanziellen Verpflichtungen zu entziehen, beweist ein an die Gesandtenkonferenz gerichtetes Telegramm der Pariser Friedenskonferenz, worin ausdrücklich die Sicherung des Märzkupons als in keiner Weise präjudizierlich für die endgültige Regelung der österreichisch-ungarischen Schuld erklärt wird. Dieses Telegramm (daß der Anlaß der zitierten tschechischen Erklärungen gewesen ist), hat deutlich die Besorgnis der Ententestaaten ausgedrückt, daß im Dienste der österreichischen Staatsschuld eine Stockung eintreten könnte. Außerdem ist die Anerkennung der Tschechen als Verbündete der Entente erst zu einer Zeit erfolgt, als der weitaus größte Teil der österreichischen und ungarischen Staatsschulden bereits aufgenommen war, und schließlich hätten die Tschechen von ihrem Standpunkt auch kein Recht, irgend einen Anteil an den Aktiven des zusammengebrochenen Staates zu fordern, auf die sie mit aller Selbstverständlichkeit bereits ihre Hand gelegt haben.

Aber nicht nur die Sorge um eine mögliche Überlastung Deutschösterreichs durch das einseitige Vorgehen der Tschechen, sondern vielleicht noch mehr die Sorge um das Schicksal der österreichisch-ungarischen Währung lähmt das deutschösterreichische Wirtschaftsleben. Denn indem die deutschösterreichische und die mit ihr im Einvernehmen vorgehende ungarische Regierung dem tschechischen Beispiel folgen, verliert die österreichisch-ungarische Krone ihr Geltungsgebiet und es entsteht die Frage, was mit den (ziffernmäßig nicht erfaßten) Kronennoten geschieht, die sich im verbündeten und neutralen Auslande sowie in den früher besetzten Gebieten (Polen und Ukraine) befinden, von wo in den letzten Monaten große Beträge gleichfalls ihren Weg in das verbündete und neutrale Ausland gefunden und dort den Kurs der Krone gedrückt haben. Tatsächlich hat das neutrale Ausland auf die Ankündigung der Kronenabstempelung mit einer scharfen Kurssenkung reagiert. Der Kronenkurs in Zürich ist seither von 28½ auf 22 Centimes gesunken. Natürlich ist Deutschösterreich an der Kursentwicklung der österreichisch-ungarischen Krone formell in dem Augenblick unbeteiligt, in dem es zu seiner eigenen Währung übergeht. Aber erstens besteht noch keineswegs die Gewißheit, daß das Ausland diese ihm keineswegs geläufige Scheidung zwischen Deutschösterreich und Österreich auch tatsächlich vornehmen und nicht die deutschösterreichische Krone entsprechend niedrig bewerten

wird. Zweitens ist Wien nun einmal noch immer das Zentrum des gesamten Kreditverkehrs des früheren österreichischen Staates mit dem neutralen Ausland und insbesondere noch der Sitz der Verpflichtungen, die vom österreichischen Staat während des Krieges eingegangen worden sind, und die Zahlstelle für die im Auslande untergebrachten Effekten. Bei den Wiener Banken laufen zumeist die Kredite, welche neutrale Banken und Warenlieferanten an Österreich während des Krieges gewährt haben. Vor allem aber ist Deutschösterreich für seine Nahrungsmittelbezüge von der Entente auf den ausländischen Kredit angewiesen, und es ist kaum anzunehmen, daß die Deponierung von deutschösterreichischen Kronen als Deckung bis zur endgültigen Regelung der Finanzfragen von der Entente bewilligt wird. Und die Entwertung der Krone bedeutet zugleich eine Preissteigerung des eingeführten Mehles und Fettes, die gegenüber den geltenden Mehl- und Brotpreisen der Regierung schon heute ein Defizit von nahezu 1 Milliarde auflastet, das sie in diesem 6 Millionen-Staat ebensowenig in ihr Budget aufnehmen wie auf die Mehl- und Brotpreise überwälzen kann.

Dabei sind noch nicht die zahlreichen juristischen Komplikationen erwähnt, die sich bei den unübersehbaren wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschösterreich und den slavischen Nationalstaaten sowie dem sonstigen Ausland im gegenseitigen Zahlungsverkehr ergeben müssen. Die Regierung hat angekündigt, daß die Regelung der Rechtsverhältnisse, welche durch die Neuordnung des Banknotenumlaufes berührt werden, durch Gesetz erfolgen wird. Indessen wird sich gerade eine Regelung der Beziehungen zum Auslande schwer einseitig diktieren lassen. Dabei ergeben sich grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Auf der einen Seite wird vorgeschlagen, daß die auf Kronen lautenden Forderungen des Auslandes gegen Deutschösterreich in deutschösterreichischen Kronen zurückgezahlt werden sollen. Dem steht entgegen, daß das für das Ausland eine Wesensveränderung seiner Forderungen bedeutet und daher nicht anerkannt zu werden braucht, noch mehr aber, daß damit Deutschösterreich mit Zahlungsverpflichtungen gegen das Ausland belastet wird, die es seinerzeit nicht für Deutschösterreich, sondern für das gesamte österreichische Staatsgebiet eingegangen ist, daß also mit anderen Worten die deutschösterreichische Währung zugunsten der tschechischen, südslavischen usw. übermäßig belastet würde. Das führt auf der andern Seite wieder zu dem Vorschlag, die auf österreichisch-ungarischen Kronen lautenden ausländischen Forderungen auf diese alte Währung bestehen zu lassen, wobei es Sache der ausländischen Gläubiger wäre, die Übernahme dieser Schulden durch die Gesamtheit der österreichischen Nationalstaaten bei der Friedenskonferenz durchzusetzen, was bezüglich der im Auslande umlaufenden Banknoten ohnehin wird geschehen müssen. Inzwischen freilich hat sich bereits eine sehr erhebliche Differenzierung der neutralen Devisenkurse zwischen Auszahlung Wien und Auszahlung Prag herausgebildet, die zugunsten von Prag nicht weniger als 20 % beträgt. Natürlich steht die in Prag errichtete Devisenzentrale außer jeder Fühlung mit der Wiener Devisenzentrale, deren Umwandlung in eine deutschösterreichische noch immer nicht durchgeführt ist und um deren Bestimmungen sich längst niemand mehr kümmert.

Wie sich in Zukunft der Zahlungsverkehr zwischen Deutschösterreich und den anderen Nationalstaaten gestalten wird, ist noch ganz ungewiß. Vorläufig bereitet die Bezahlung der aus Böhmen zu beziehenden Waren große Sorge, da die Tschechen nach Deutschösterreich lebenswichtige Waren, vor allem Kohle und Zucker liefern und die Bezahlung in deutschösterreichischen Kronen ablehnen und Zahlung in Francs verlangen. Doch wird die tschechische Regierung schließlich Zahlungen in tschechischen Kronen nicht zurückweisen können, deren Beschaffung auf dem Weg über die böhmischen Filialen der Wiener Banken und aus den Guthaben der zahlreichen böhmischen und mährischen Unternehmungen, die in Wien ihren Sitz haben, keine allzu große Schwierigkeiten bereiten wird, wie es überhaupt noch nicht sicher ist, ob sich nicht am Ende die Zahlungsbilanz für Deutschösterreich als aktiv erweisen wird.

Über die Errichtung einer deutschösterreichischen Notenbank sind feste Beschlüsse noch nicht gefaßt. Aber sie wird wohl in irgend einer Form in der nächsten Zeit erfolgen müssen, da die Banken die Möglichkeit erhalten müssen, ihre Aktiven bei einem zentralen Noteninstitut im Bedarfsfalle zu liquidieren und ohne Rückendeckung durch eine Notenbank insbesondere auch nicht dem Staate weiterhin Mittel zur Verfügung stellen können. Natürlich kann es sich dabei nur um ein mehr oder weniger kurzfristiges Provisorium handeln. Denn an eine selbständige deutschösterreichische Währung ist kaum zu denken, da es ihr an jeglicher Fundierung fehlen würde. Für Deutschösterreich ist mit der durch die Notenabstempelung vollzogene Währungstrennung der Zeitpunkt gekommen, den Übergang zur Markwährung und den Anschluß an die deutsche Reichsbank einzuleiten. Die Bedingungen, unter denen sich dieser Übergang von der Kronen- zur Markwährung vollzieht, werden mit zu den schwierigsten Fragen gehören, die die kürzlich eröffneten Verhandlungen über die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reich zu lösen haben. Dieses Problem soll noch in einem nächsten Artikel erörtert werden.

Wien, 7. März 1919.

Dr. Gustav Stolper, Wien

Vereinigte Staaten

Arbeiterbewegung — Der Streit um die Bahnen

Seit Jahresbeginn mehren sich die Nachrichten über eine zunehmende Gärung in der Arbeiterschaft und Streiks mit vielfach bolschewistischem Einschlag lassen erkennen, daß auch in den Vereinigten Staaten die psychischen und wirtschaftlichen Nachwirkungen des Weltbrandes sich einzustellen beginnen. Entsprechend der größeren Entfernung vom Kriegsschauplatz und der kürzeren Zeit der Kriegsbeteiligung ist Amerika natürlich hinter der europäischen Entwicklung noch erheblich zurück und hat demnach Aussicht, die Krisis leichter zu überstehen als die europäischen Mächte. Aber die politischen wie wirtschaftlichen Grundelemente der revolutionären Strömung sind auch in Amerika gegeben. Auf wirtschaftlichem Gebiet bewirkt insbesondere der schnelle Abbau der Kriegsbetriebe und die beginnende Demobilisation eine zunehmende Überfüllung des Arbeitsmarktes und trägt so dazu bei, die durch den Krieg und die Teuerung geschaffene Beunruhigung der Arbeiterschaft zu steigern. Immer neue Forderungen nach Lohnerhöhung und Arbeitszeitherabsetzung sowie Streiks sind die Folge. Soweit bereits auf die amerikanische Presse Bezug genommen werden kann, verdient besonders der zu Jahresbeginn im Seattlebezirk ausgebrochene Werftarbeiterausstand Erwähnung, da er stark politischen Charakter annahm. Durch Sympathiestreiks stieg die Zahl der Streikenden auf 45 000 Mann. Infolgedessen: Kein Straßenbahnverkehr,

keine Zeitungen, Schulschluß, Militäraufgebot, Belagerungszustand — fast wie bei uns. Schließlich mußte die Löhnung der Werftarbeiter um 15—20 % erhöht werden. Die Regierung revanchierte sich nachträglich durch Abschiebung einer größeren Zahl verdächtiger Russen, die sie als Urheber des ganzen Streiks ansah.

Hinsichtlich Lohnforderungen marschieren anscheinend die Eisenbahnarbeiter an der Spitze, die die bestehenden Transportschwierigkeiten zu ihren Gunsten ausnutzen. Ihre Erfolge, von denen noch an anderer Stelle die Rede sein wird, wirken aufstachelnd auf andere Arbeitergruppen, insbesondere im Schiffahrtsgewerbe und in der Eisenindustrie, in denen ebenfalls starke Lohnerhöhungen und Achtstundentag gefordert werden. Die Eisenindustrie rechnet bereits fest mit der Notwendigkeit weiterer Lohnforderungen, wenn sie ihre volle Beschäftigung aufrecht erhalten will, desgl. die Kupferindustrie, die allerdings vor einiger Zeit im Aristonsgebiet die Löhne um 20 % herabsetzen konnte.

Zur Begründung ihrer Forderungen verweisen die Arbeiter zumeist auf die gestiegenen Kosten der Lebenshaltung, die seit Kriegsbeginn für Arbeiterfamilien sich etwa um 70 % erhöht haben sollen. Doch reicht eine solche Verteuerung nicht aus, um die weitgehenden Arbeiterforderungen rechtfertigen und den Umfang der Bewegung erklären zu können. Die Hauptursachen der Gärung sind vielmehr politische und kriegspsychische Einflüsse, und hierneben in wirtschaftlicher Hinsicht die wachsende Arbeitslosigkeit. So wird berichtet, daß im Februar die Zahl der Arbeitslosen allein im Baugewerbe auf 2 Mill. angeschwollen sei, eine Angabe, die allerdings von unterrichteter Stelle als stark übertrieben bezeichnet wird. Bezeichnend ist ferner eine Regierungsangabe, daß in einer Anzahl von Industriebezirken die Arbeitslosenzahl von 10 000 im Dezember auf 212 000 Mitte Januar gestiegen sei. Nach neuester telegraphischer Meldung soll ferner in New-York die Arbeitslosigkeit in zwei Monaten um 67 % sich vermehrt haben. Da die Demobilisation und der Rücktransport der Truppen aus Europa mit allen Mitteln beschleunigt werden, und überdies nach Angabe des „Coal Trade Journals" ähnlich wie in Europa die Landflucht der Arbeiter zunimmt, also alles sich auf die Städte konzentriert, so ist eine weitere Zuspitzung der Lage auf dem Arbeitsmarkt unvermeidlich.

Die hieraus entspringenden Gefahren hat die Regierung denn auch anerkannt und sie versucht daher, der Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Vor allem ist vom Employment Office eine große Arbeitsnachweisorganisation für die zurückkehrenden Soldaten geschaffen, mit Zentralbüros in zahlreichen Städten und Vertretungen in allen Soldatenlagern. Ferner will man öffentliche Arbeiten aller Art, wie Bewässerungsanlagen und Kultivierungsarbeiten, Kanäle und Bauten als Notstandsarbeiten baldmöglichst in Angriff nehmen. Schließlich will man Kleinsiedelungen für ehemalige Sodaten im Westen durch Zuwendung langfristiger billiger Kredite usw. in großen Zügen ins Leben rufen. Ein baldiger durchschlagender Erfolg ist von diesen Plänen, die größtenteils erst allmählich in Wirksamkeit treten können, nicht zu erwarten, vielmehr kann zeitlich nur die sofortige Wiederaufnahme der Friedensbetriebe bzw. die Umstellung der Kriegsbetriebe auf Friedensaufgaben Abhilfe schaffen. In dieser Hinsicht scheint aber auch Amerika nicht in der Lage zu sein, die wirtschaftlichen Folgewirkungen des Krieges mit der erforderlichen Schnelligkeit zu überwinden. Wohl in Erkenntnis dieser Sachlage sucht die Regierung dadurch auf die Arbeiterschaft mäßigend einzuwirken, daß sie unter weitgehendem Entgegenkommen ihrer Wünsche den Vermittler zwischen den Arbeitern und Unternehmern spielt. So hat zur großen Beunruhigung der Industrie der War Labour Board den Achtstundentag als berechtigt anerkannt und weiter folgende Leitsätze aufgestellt: Verhandlungsrecht zum Koalitionsrecht der Arbeiter; Beibehaltung der Gewerkschaftsbetriebe; gleicher Lohn für Männer- und Frauenarbeit; Mindestlöhne; staatlicher Arbeitsnachweis; Beschränkung der Kapitalgewinnung. Die Aufstellung weiterer Grundsätze ist für die Zukunft vorbehalten. Nach allen Erfahrungen darf man annehmen, daß die hierin sich anzeigende Politik der Konzessionen viel eher eine Steigerung der Forderungen als eine Beruhigung der Arbeiterschaft zur Folge hat. Es ist daher verständlich, daß die Industrie in Amerika bereits ebenso wie in Europa um die künftige Exportfähigkeit in Sorge gerät und fürchtet, durch die Haltung der Arbeiterschaft ihren Vorsprung gegenüber der europäischen Konkurrenz zu verlieren. So wächst sich allmählich die Arbeiterfage zu einem internationalen Problem aus und drängt auf eine Neuregelung der Weltwirtschaft auf Basis internationaler Regelung der Arbeiterverhältnisse in rechtlicher wie wirtschaftlicher Hinsicht hin.

In engerem Zusammenhang mit der Arbeiterfrage steht das Einwanderungsproblem. Die Arbeiterschaft stemmt sich energisch gegen eine Einwanderung, durch die sie sich in ihrer Lohnforderung und ihrer gesamten Lebenshaltung bedroht fühlt. Diese Tendenzen der Arbeiterschaft werden unterstützt von nationalistischen Politikern wie Senator Overman, der für 10 Jahre das Einwanderungsrecht der angelsächsischen Rasse vorbehalten möchte.

Demgegenüber sind die Interessen der Industriellen auf eine starke Einwanderung gerichtet. Besonders die Stahlindustrie, deren ungelernte Arbeiterschaft vor dem Krieg sich vorzugsweise aus den Einwanderern rekrutierte, wünscht einen Zustrom ausländischer Arbeitskräfte, um eine Minderung der Löhne zu erzielen und so ihre Produkte auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig halten zu können.

Die Regierung scheint eine weitere Einschränkung der Einwanderung zu beabsichtigen, denn die großen Schiffahrtsgesellschaften zeigen sich bereits sehr beunruhigt. Kürzlich hat sogar schon die Einwanderungskommission des Kongresses einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, wonach die Einwanderung für alle Nationen 4 Jahre lang gesperrt werden soll, außer für Kuba, Neufundland und Mexiko. Wie sehr die Einwanderung im Kriege zurückgegangen ist, zeigen folgende Zahlen:

	1913	1914	1915	1916	1917
Tausende:	1387	668	269	356	134

Neben der Arbeiterfrage beschäftigt vor allem die Zukunft der Eisenbahnen die Gemüter. Bekanntlich wurden alle Bahnen Anfang 1918 unter Regierungskontrolle gestellt und die Dauer der Kontrolle bis 21 Monate nach Friedensschluß festgesetzt. Ende 1918 machte nun Mac Adoo, der Leiter der Kontrolle, den Vorschlag, die Staatsaufsicht volle 5 Jahre nach dem Friedensschluß aufrecht zu erhalten. Die Bahngesellschaften traten sofort in lebhafte Opposition, da sie den Vorschlag als Vorbereitung einer dauernden Staatskontrolle, wenn nicht einer direkten Verstaatlichung ansahen. Der Kampf der Meinungen, die Interessenpflicht ist seitdem nicht mehr zur Ruhe gekommen. In der Hauptsache werden folgende Möglichkeiten erörtert: Verstaatlichung, dauernde Regierungskontrolle unter Wahrung der privaten Betriebsleitung, befristete Regierungskontrolle, freier Privatbetrieb. Einen ganz besonderen, für die Gedankenrichtung der amerikanischen Arbeiter und Angestellten sehr bezeichnenden Vorschlag zur Lösung der Bahnfrage haben die Angestellten (an Zahl 2 Mill., mit Familie 8 Mill. Köpfe) in Form eines Gesetzentwurfs beim Kongreß eingereicht. Sie verlangen laut „Times" vom 8. 2., daß der Betrieb der Bahnen einer von

den Angestellten zu wählenden Korporation auf kooperativer Basis übertragen werde. Die Eisenbahnwerte (Aktien usw.) im Betrage von etwa 3,6 bis 4 Mill. £ müßten gegen Regierungsanleihen eingetauscht werden, und die Regierung müsse das gesamte Betriebskapital hergeben, während die Angestellten als ihre Kapitaleinlage ihre Arbeitserfahrung (operating ability) einbringen würden. Einnahmen und Ausgaben gingen auf Rechnung der Korporation, während die Regierung für die Benutzung der Bahnen eine angemessene Rente und ferner von einem 5 % überschreitenden Reingewinn die Hälfte erhalten solle, dafür aber andererseits ein etwa entstehendes Defizit aus öffentlichen Mitteln zu decken hätte. Kurz ein Plan, bei dem die Angestellten ihre Ansprüche auf Kosten des Staates nach Belieben regeln könnten.

Sehr beachtenswert sind die Vorschläge, die kürzlich der frühere Gouverneur des Federal Reserve Boards Paul Warburg in einem Vortrage vor der New-Yorker Handelskammer machte. Er fordert eine dauernde bundesstaatliche Kontrolle unter Wahrung des Privatbesitzes und der Privatinitiative nach dem Vorbild des Federal Reserve Boards für das Bankwesen. Aus seinen Darlegungen entnehmen wir dem „Journal of Commerce" v. 7. 2.:

„Indem wir die Möglichkeit einer Rückkehr zum unbeschränkten privaten Besitz und Betrieb ausschalten, beseitigen wir gleichzeitig drei sehr unerfreuliche Begleiterscheinungen: Geheimrabatte, Überkapitalisation und nachteilige Bestrebungen nach politischer Herrschaft . . ."

„Wir können zugeben, daß rein theoretisch der Regierungsbetrieb die gesundeste und wünschenswerteste Form der Bahnverwaltung in einem voll entwickelten Lande ist, wo Neubauten keine überragende Stellung mehr einnehmen und das Problem der Bahnverwaltung hauptsächlich ein verwaltungstechnisches ist, und wo ferner eine nach Form und Persönlichkeit ideale Regierung besteht. Aber es kann keinerlei Zweifel darüber bestehen, daß im Hinblick auf diese Voraussetzungen die Zeit für einen Regierungsbetrieb in den Vereinigten Staaten noch nicht gekommen ist."

„Eisenbahnen sind nicht mehr allein Erwerbsmittel, sie sind öffentliche Werte und schon längst vor dem Kriege war die Regierung auf alle Weise bemüht, Frachtraten und Löhne sowie die zu erfüllenden Aufgaben festzulegen. Infolgedessen wird die Rente der Eisenbahnpapiere schon jetzt von der Regierung begrenzt. Wenn aber das Privatkapital auch zukünftig noch die Bahnen finanzieren und die Mittel für ihren künftigen Ausbau hergeben soll, so muß es eines angemessenen Ertrages sicher sein. Wenn wir eine Definition für den Begriff des angemessenen Ertrages finden und ferner das Anlagekapital darüber beruhigen können, daß ein angemessener Mindestertrag ihm nicht fortreguliert und das Minimum keineswegs zum Maximum gemacht werden soll, wenn wir diese Garantie mit der Zusicherung verbinden können, daß private Initiative und Geschäftsmethoden dadurch keineswegs ausgemerzt werden sollen, dann haben wir die Kernschwierigkeit des Problems gelöst."

„Nach meiner Meinung müssen die wesentlichen Grundsätze darin bestehen, daß die Regierungsaufsichtsbehörden alle zur Durchführung der Kontrolle erforderlichen Vollmachten erhalten müssen, aber daß klare und festumrissene Grundregeln aufgestellt werden müssen, an die die Aufsichtsämter bei der Ratenregulierung gebunden sind."

Diese Grundordnung müsse folgendes sicherstellen: Zusicherung einer Mindestdividende für das private Kapital; Chancen auf höheren Gewinn; hierbei Teilung des Reingewinns zwischen Aktionären und Regierung bis zu einer oberen Grenze, von der an der Ertrag ganz an die Regierung fällt; Begünstigung des Zusammenschlusses der Bahnsysteme, ohne aber dadurch eine Konkurrenz in vernünftigen Grenzen hinsichtlich Betriebsführung und Erschließung neuer Gebiete ganz zu beseitigen.

Warburg empfiehlt ferner, als angemessenen Gewinn nach Vorbild des Federal Reserve Board 6 % festzulegen, außerdem die Gratifikationen der Direktoren und Beamten auf einen bestimmten Prozentanteil an dem 4½ % überschreitenden Gewinn zu fixieren.

Der vorstehend skizzierte Kompromißvorschlag wird voraussichtlich in der nächsten Zeit im Mittelpunkt aller Reformprojekte stehen, nicht nur, weil hier ein einflußreicher Finanzmann dem Kapital und Unternehmertum starke Zugeständnisse an den Geist der Zeit als notwendig und unbedenklich darstellt, sondern auch weil gerade die Parallele mit dem erprobten System des Federal Reserve Board außerordentliche Werbekraft enthält. Andererseits scheint auch für den Staat eine solche Zwischenform für den Bahnbetrieb die beste Lösung zu sein. Denn wenn bei den heute in den Massen verbreiteten Ideen jetzt eine Verstaatlichung käme, dann wäre, wie man an den oben geschilderten Plänen der Angestellten erkennen kann, die Gefahr außerordentlich groß, daß die Leitung der Bahnen in einem Maße auf die Arbeiterschaft Rücksicht nehmen müßte, daß Rentabilität und selbst volkswirtschaftlich notwendige Frachtenpolitik davor zurückstehen müßten.

Schon jetzt sind die Lohnausgaben der Bahnen derartig angeschwollen, daß die künftige Rentabilität und der Kredit der Bahnen in Frage gestellt ist. Unter dem Druck der Zeitverhältnisse — vielleicht auch, wie die Gegner argwöhnten, zum Teil um den Bahngesellschaften eine spätere Verstaatlichung als Erlösung erscheinen zu lassen — hat der Generaldirektor für die Bahnen Mac Adoo den Bahnangestellten weitgehende Lohnzugeständnisse gemacht. Trotzdem er im Juni bei drei großen Bahnkonzernen eine bedeutende Tariferhöhung (für Güter um durchschnittlich 25 % und für Personen von 2 auf 2½ und 3 cts die englische Meile; ähnliche auch bei anderen Bahnen zugestand), genügte der Ertrag nicht zur Deckung der Mehrkosten, da er schon nach einigen Monaten stark hinter den Erwartungen zurückblieb, wie aus folgenden Zahlen über Einnahmen und Ausgaben der amerikanischen Bahnen, die der „Comm. & Fin. Chronicle" entnommen sind, ersichtlich ist:

Brutto-Einnahmen	1918 $	1917 $	Unterschied in % 1918 gegen 1917
Juli	463,7	346,4	+ 34
August	498,2	362,5	+ 37,45
September	487,1	357,7	+ 36,16
Oktober	484 8	377,9	+ 28,30
November (unvollständig)	402,7	324,4	+ 24,12

Netto-Einnahmen	1918 $	1917 $	Unterschied in % 1918 gegen 1917
Juli	144,3	109,9	+ 31,36
August	142,4	118,1	+ 20,58
september	117,5	114 3	+ 2,79
Oktober	107,1	122,6	— 12,63
November unvollständig)	69,6	86,6	— 19,61

Ausgaben (ohne Steuern)

	1918 Mill. $	1918 in % der Bruttoeinnahme	1917 Mill. $	1917 in % der Bruttoeinnahme
Juli	319,3	68,87	236,1	68,24
August	355 8	71,41	244.4	67,42
September	369,7	76,09	243 5	68 06
Oktober	377,7	77,92	255,3	67.56
November unvollständig)	333,1	82,71	237,9	73,31

Das ungeheure Anschwellen der Ausgaben im Vergleich zu 1917, als die Bahnen noch unter privater Leitung standen, ist lediglich auf die Lohnerhöhungen zurückzuführen. Im Juni, nach einem halben Jahre der Staatskontrolle, waren die Nettoeinnahmen bereits um 50 % gefallen. Mac Adoo selbst schätzte den Regierungsverlust bei der Bahnverwaltung für 1918 diskret auf 136 Mill. $, während der Präsident der Interstate Commerce Commission, die bereits im Frieden als Bundeskontrollbehörde funktionierte, schon bis zum 1. 11. 1918

196 Mill. $ Verlust herausrechnet. Inzwischen hat Mac Adoo gehen müssen. Aber der neue Generaldirektor Walter Hines kann die Sachlage nicht bessern. Er muß vielmehr noch schlimmere Zahlen bekanntgeben. Mac Adoo behauptete, für 1919 mit 136 Mill. $ Verlust auszukommen, Hines schätzt dagegen den zu erwartenden Verlust auf 250 Mill. $. Mac Adoo bezifferte den Jahresbetrag der Lohnerhöhungen auf 650 Mill. $, Hines rechnet jetzt 900 Mill. $ heraus, zu denen noch etwa 25 Mill. $ für bereits beantragte Lohnerhöhungen hinzukommen würden. Man vergegenwärtige sich bei diesen Zahlen, daß die gesamten Reineinnahmen der Bahnen für 1916 auf etwa 1 Milliarde sich beziffert und die Regierungsgarantie bei Übernahme der Bahnen auf jährlich 945 Mill. $ lautete. Im „Wall Street Journal" werden ferner auf Grund von Angaben der Interstate Commerce Commission die Bruttoeinnahmen für 1918 auf rund 5000 Mill. $, d. i. 1000 Mill. höher als 1917, beziffert, bei gleichzeitiger Erhöhung der Ausgaben um 1225 Mill. $, so daß der Reingewinn 225 Mill. $ geringer ist als 1917, welchen Ausfall die Regierung auf Grund ihrer Garantien den Aktionären ersetzen muß.

Daß die Ansprüche der Angestellten weiter wachsen werden, ist ohne Zweifel. Daß aber eine weitere Steigerung der Frachtraten nicht beliebig vorgenommen werden kann, vielmehr statt eine Einnahmeerhöhung schließlich eine Lahmlegung des Verkehrs zur Folge haben würde, ist ebenfalls gewiß. Es fragt sich also, ob die Regierung in der Lage ist, den Angestelltenforderungen Einhalt zu gebieten. Nach dem bisherigen Verhalten der Regierung und der wachsenden Macht der Arbeiterbewegung zu urteilen stehen weitere Lohnerhöhungen bevor und es kann sehr wohl sein, daß über solcher Gestaltung der Dinge schließlich die Aktionäre selbst eine Ablösung ihrer Rechte auf Grund ihrer garantierten Reineinnahme für vorteilhaft befinden. Der Staat dürfte dann aber keine ungetrübte Freude mehr an dem Geschäft haben.

Dr. H. Karlowa

Philippinen

Allgemeine Entwicklung — Außenhandel — Verdrängung deutscher Handelshäuser — Förderung neuer Industrien — Fischzucht — Politische Verhältnisse — Eingeborenen-Wehrmacht

Allgemeine Entwicklung. Die Entwicklungsmöglichkeiten des Inselreiches der Philippinen erhellen aus einer vergleichenden Betrachtung. Die Inseln führen für eine Bevölkerung von 8 7 Mill. Seelen auf den Kopf mehr Lebensmittel ein als Japan mit seinen mehr als 50 Mill. Einwohnern, ein Zeichen, daß der philippinische Landbau erst schwach entwickelt sein muß. Wären Fischzucht, Handel und Industrie der Inseln voll entfaltet und alles verfügbare Land nach Möglichkeit ausgenutzt, so könnten nach einem Aufsatz der „Geographical Review" genug Lebensmittel gewonnen und Bedarfsartikel hergestellt werden, um eine Bevölkerung von 40 Mill., entsprechend der von England und Wales, zu ernähren. Wenn die philippinischen Zuckerpflanzer ihren Feldern einen ebenso hohen Ertrag abzugewinnen wüßten wie die Javas, so würden, ohne daß eine Ausdehnung des Zuckerrohranbaues Platz greifen müßte, die Philippinen nach Kuba das zweitgrößte Ausfuhrland für Rohrzucker sein. Bei einer Verbesserung der Methoden des Reisbaues, durch die eine Ertragshöhe wie die von Japan oder den Vereinigten Staaten erzielt würde, dürfte nicht nur die Notwendigkeit dahinfallen, ein Viertel des benötigten Reises aus Indien und Japan einzuführen, auch die Ausfuhr könnte sich so entwickeln, daß die Philippinen darin in der Welt an dritter Stelle stünden. Mit einem Kornertrag pro Flächeneinheit, wie ihn die Vereinigten Staaten aufweisen, ließe sich auf den Inseln eine größere Schweine- und Geflügelzucht unterhalten als in Kanada oder Australien. Aber während man stundenlang über ausgedehnte Grasflächen reiten kann, ohne Rindvieh oder Pferde zu sehen, müssen die Inseln jährlich etwa 1,75 Mill. Dollar für die Einfuhr von Fleisch aus Australien und Britisch-Indien ausgeben.

Die philippinische Regierung ist fortgesetzt eifrig bemüht, die Mitarbeit amerikanischer Geschäftsleute bei der Entwicklung der einheimischen Industrien in stärkerem Maße zu gewinnen, als es bisher wegen der unsicheren politischen Zukunft des Inselreiches gelingen wollte. Die wertvollen Rohstoffe des Landes können nur dann nutzbringend verwertet werden, wenn ein stärkerer Kapitalzufluß nach den Inseln einsetzen wird. Die Sicherheit solcher Anlagen wird selbst für den Fall, daß die Philippinen nach Beendigung des Krieges ihre Unabhängigkeit erhalten sollten, als außer Frage stehend bezeichnet. Mit welchem Recht, kann nur die Zukunft lehren.

Außenhandel. Nach „Wallstreet Journal" belief sich der Wert der Einfuhr der Philippinen in dem mit dem 30. Juni 1918 abschließenden Fiskaljahr 1917/18 auf 83 763 290 $, der der Ausfuhr auf 116 614 621 $. Die Hälfte der Einfuhr stammte aus den Vereinigten Staaten, von der Ausfuhr gingen zwei Drittel dorthin. Die Zunahme der Einfuhr gegenüber dem Vorjahre betrug 61 v. H., die der Ausfuhr 63 v. H.

In der Ausfuhr haben Hanf und Kokosnußöl die größte Wertsteigerung zu verzeichnen. Von Hanf wurden im Fiskaljahr 1917/18 26 000 long tons mehr als 1916/17 ausgeführt, nämlich 158 211 long tons. Davon gingen 83 572 nach den Vereinigten Staaten, 55 160 nach dem Vereinigten Königreich und 11 412 nach Japan. Die Preise waren außergewöhnlich hoch. Die Ausfuhr von Kokosnußöl erreichte im Jahre 1917/18 einen Wert von 18 552 240 $. Der Menge nach stieg die Ausfuhr auf annähernd das Dreifache, von 56 000 auf 159 000 Tonnen. Mehr als die Hälfte der Kopraerzeugung wird nun schon in philippinischen Ölmühlen verarbeitet. Trotzdem nahm auch die Ausfuhr von Kopra zu. Die Steigerung betrug etwa 50 v. H. Verschifft wurden 103 837 long tons, von denen 88 422 tons nach den Vereinigten Staaten gingen. Zurück ging die Zuckerausfuhr von 234 308 auf 225 428 long tons. Der Durchschnittspreis blieb ungefähr auf alter Höhe. Die Zigarrenausfuhr nahm gegenüber dem Vorjahre um 50 v. H. zu, sie erreichte annähernd 320 Mill. Stück. Über zwei Drittel gingen bei wachsender Nachfrage nach den Vereinigten Staaten. Auch in der Ausfuhr von Rohtabak brachte das Fiskaljahr 1917/18 einen Rekord. Die Ausfuhrmenge belief sich auf 41 3 Mill. lbs gegenüber 30 6 Mill. im Jahre 1916. Über die Hälfte ging nach Spanien.

In der Einfuhr zeigten die größte Zunahme Wollstoffe (19.2 gegenüber 8,5 Mill. $; davon über 80 v. H. aus den Ver. einigten Staaten) und Eisen- und Stahlwaren (9 3 gegen 4 1 Mill. $) Auch Baumwollwaren wiesen eine weitere Zunahme der Einfuhr auf. Sie machen nun annähernd ein Drittel der Gesamteinfuhr aus. Ungefähr drei Viertel ihres Wertes entfallen auf die amerikanische Zufuhr, 15 v. H. auf die japanische. Die Reiseinfuhr blieb infolge der gesteigerten einheimischen Erzeugung gegenüber dem Vorjahre um etwa 20 000 t zurück. Der Wert war 6.2 Mill. $. Dagegen stieg im Werte und nach der Menge die Einfuhr von Weizenmehl

aus Australien (statt 1,5 für 2 7 Mill. $). Auch frisches Fleisch wurde in vermehrtem Umfange eingeführt. Der Wohlstand des Inselreiches und die gehobene Kaufkraft der Bevölkerung äußerten sich in einer starken Zunahme der Einfuhr von Seide (2 5 Mill. $, doppelt so viel als im Vorjahre) und Seidengeweben, Schmucksachen, Luxusartikeln und Kraftwagen. Im Fiskaljahr 1917/18 wurden von letzteren 1646 Stück eingeführt gegenüber 1048 Stück im Jahre 1916/17.

Die Ziffern der Ein- und Ausfuhr von bzw. nach einzelnen Ländern sind für die Fiskaljahre 1916/17 und 1917/18 nachstehender Tabelle zu entnehmen (Wert in Golddollar):

	Einfuhr aus		Ausfuhr nach	
	1916/17	1917/18	1916/17	1917/18
Ver. Staaten ...	27 516 556	49 799 229	43 125 393	77 010 233
Hawaii	301 294	202 679	129 670	182 613
Großbritannien .	2 671 884	3 065 146	7 677 218	15 666 764
Australien	1 009 365	3 026 806	789 445	1 111 404
Belgien	27 866	34	—	—
Brit.-Indien	1 041 244	1 438 129	961 929	1 036 486
China	3 348 943	5 862 075	2 199 763	2 435 315
Frankreich	683 693	720 913	2 187 450	1 412 692
Franz.-Indien ..	6 393 719	5 758 876	130 478	737 196
Hongkong.....	145 748	123 025	4 834 445	5 096 921
Italien	91 720	96 672	43 129	168 011
Japan	5 889 275	10 660 672	4 975 416	7 863 165
Niederlande	141 930	56 892	439 524	—
Spanien	834 232	643 554	2 001 918	3 233 201
Schweiz.....	448 462	350 092	162 432	202 038
Andere Länder .	1 432 347	1 958 496	2 057 165	458 572
Insgesamt...	51 983 278	83 763 290	71 715 375	116 614 611

Die Handelsbeziehungen zwischen den Philippinen und den Vereinigten Staaten sind durch den Krieg in ungeahnter Weise gefördert worden. Die Bestrebungen der philippinischen Regierung, aus Manila ein Verteilungszentrum für den amerikanischen Handel im Fernen Osten zu machen, scheinen Erfolg zu haben. Die Philippinen besitzen gute Häfen und Gelegenheit zur Errichtung günstig belegener Lagerhäuser. Die auf den Inseln gewonnenen Rohprodukte: Kopra, Kokosnußkuchen, Hanf, Maguey (amerikanische Agave), Zucker, Tabak, Hölzer, Nüsse usw. werden in der ganzen Welt gebraucht. Die Ausdehnung des Schiffbaues macht Manilahanf und Maguey zu begehrten Artikeln. Durch Gründung von Zweigniederlassungen auf den Philippinen, in erster Linie in Manila, das sie als eine Einfallspforte für den Handel mit dem Fernen Osten betrachten, suchen amerikanische Geschäftshäuser ihren Orienthandel zu erweitern.

Verdrängung deutscher Handelshäuser. Der Zeitpunkt, sich auf den Philippinen niederzulassen, ist für amerikanische Firmen insofern besonders günstig, als der vor dem Kriege auf den Inseln eine hervorragende Rolle spielende, von den Eingeborenen geschätzte deutsche Handel durch Zwangsaufsicht, Liquidation der Firmen und zwangsweise Verschickung der Inhaber und Angestellten vollständig verdrängt und für die Zukunft nahezu unmöglich gemacht worden ist. Den letzten darüber gebrachten Mitteilungen (in Nr. 5. Seite 102 ff) ist nachzutragen, daß Ende September die Firmen Fröhlich & Kuttner und Cooper Co., die sich in denselben deutschen Händen befanden, nach Ungültigerklärung des zuvor getätigten Verkaufs durch den Vertreter des Aufsehers für das feindliche Vermögen nunmehr mit Zustimmung des Aufsehers in Washington freihändig von dem nach den Vereinigten Staaten verschickten Geschäftsleiter Walter Neumark, der zu dem Zweck von den Firmeninhabern bevollmächtigt war, an die Compania Mercantil de Filipinas veräußert wurden. Auf den 23. bzw. 17. Dezember war auch die Versteigerung der beiden, Germann & Co. Ltd gehörigen Geschäfte „Zigarrenfabrik Helios“ und „Technische Abteilung“ erneut und diesmal gemäß den Vorschriften des Aufsehers für das feindliche Vermögen in Washington von dem neuernannten Vertreter desselben auf den Philippinen, Douglas M. Moffat, in der Presse ausgeschrieben. Über das Ergebnis wird nach Bekanntwerden noch zu berichten sein.

Förderung neuer Industrien. Zur Hebung der Seidenraupenzucht sind im verflossenen Jahre befriedigend ausgefallene Versuche angestellt worden. Eine Plantagengesellschaft in der Provinz Ilocos, die 15 000 Maulbeerbäume besitzt, traf mit dem Bureau of Science ein Abkommen über die Lieferung von 30 000 Eiern im Monat. Zur Beaufsichtigung der Kulturen wurde ein japanischer Fachmann herangezogen Zunächst wurde ein Anfang mit 20 000 Seidenraupen gemacht. Die Pflanzung wird durch weiteren Anbau von Maulbeerbäumen erweitert. Die Gesellschaft hat auch bereits mit der Herstellung von Rohseide begonnen. Der Preis soll sich auf etwa 10 $ für das Pfund stellen.

Da die Philippinen über handfertige ländliche Frauenarbeit verfügen, bieten sich für Hausindustrien reiche Möglichkeiten der Entwicklung. Für die Ausfuhr in Frage kommen besonders die Hut- und Bortenflechterei. Die Flechterei hat sich in den Kriegsjahren, bei deren Beginn sie einen Ausfuhrwert von etwa 700 000 $ lieferte, gut entwickelt, zumal da die Vereinigten Staaten die Einfuhr aus anderen Ländern zu Gunsten derjenigen der Philippinen einschränkten. Die Erzeugnisse der Weberei, die auch fast ausschließlich im Handbetrieb hergestellt werden, eignen sich vorerst nur für den einheimischen Gebrauch. Ob sich diese Industrie in absehbarer Zeit zu einer Ausfuhrindustrie wird entwickeln lassen, ist noch eine offene Frage.

Fischzucht. Im Jahre 1913 dienten der Zucht von Süßwasserfischen Anlagen im Umfang von annähernd 8 Mill. acres, die einen jährlichen Ertrag von ungefähr 700 000 $ anlieferten. Im Laufe von zehn Jahren hat sich diese Jahresausbeute mehr als verdreifacht. Auch die Tiefseefischerei und die Küstenfischerei sollen durch Verbesserung der Fang- und Verarbeitungsmethoden und durch Studium der Fischstandplätze gehoben werden. Sowohl in der Fischzucht wie im Fischfang dient besonders Japan als Vorbild.

Politische Verhältnisse. Auf den Philippinen scheint man sich der Ansicht hinzugeben, daß die Vereinigten Staaten dem Inselreich bald nach Friedensschluß in Übereinstimmung mit früheren Zusagen und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bald die volle Selbständigkeit gewähren werden. So sehr mau darüber erfreut ist, so besteht doch die Befürchtung, daß die Japaner, wenn erst einmal die Unabhängigkeit der Inseln ausgesprochen und damit ein äußerer Anlaß für die Vereinigten Staaten, sich betroffen zu fühlen, entfallen sein wird, unter Anwendung ihrer Auffassung von der Anpassung der Monroe-Doktrin auf den Fernen Osten versuchen werden, eine Art Oberaufsicht über die Philippinen herzustellen. Bestärkt werden diese Befürchtungen durch japanische Äußerungen, wie die von Dr. Nitobe, auf die bereits im Jahrgang 1917, Seite 225 ff. in dem Beitrage „Die Zukunft der Philippinen“ von uns Bezug genommen worden ist.

In diesem Zusammenhange verdient das Landgesetz Beachtung, das im verflossenen Jahre vom philippinischen Kongreß angenommen, aber vom Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht gutgeheißen wurde. Nach demselben sollte Land, das früher Staatseigentum war, oder sich noch im Besitz des Staates befindet, in Zukunft nur an Filipinos oder Amerikaner oder an Gesellschaften, denen ausschließlich solche angehören, verkauft werden dürfen. Fremde sollten ihren bereits erworbenen Besitz dieser Art nur an Filipinos oder Amerikaner veräußern können. Zur Pacht sollten nicht-philip-

pinische Gesellschaften nur mit Ermächtigung des Kongresses zugelassen werden. Wie die „Manila Times" berichten, war diese Maßnahme gegen die in letzter Zeit stark hervorgetretenen Aufkäufe von Land durch Japaner gerichtet. Nachdem Wilson das Gesetz zur Wiedererwägung an den Kongreß zurückverwiesen hat — die philippinische Verfassung sieht vorläufig noch ein Veto-Recht des amerikanischen Präsidenten gegen philippinische Gesetze und Verwaltungsakte vor —, dürften daran diejenigen Änderungen vorgenommen werden, die nötig sind, um es mit den Staatsverträgen in Einklang zu bringen, welche die Union verschiedenen Ländern, vor allem Japan gegenüber, in der Landerwerbsfrage binden. Ähnlichen Zwiespalt, wie ihn vor Jahren die Frage des Landerwerbs durch Japaner in Kalifornien zwischen Japan und den Vereinigten Staaten einerseits und der Staatenregierung und Kalifornien anderseits hervorgerufen hat, sucht die Regierung Wilsons offensichtlich zu vermeiden. Aber auch ein Teil der öffentlichen Meinung der Philippinen, an der Spitze die „Manila Times", bislang ein Organ der amerikanischen Interessen auf den Inseln, aber seit ungefähr einem halben Jahre in Händen einer philippinischen Gruppe befindlich, an deren Spitze der Senatspräsident und einflußreiche eingeborene Politiker Manuel Quezon steht, verwahrt sich gegen die Ausschließungspolitik, die in dem Landgesetz und einigen weiteren Schutzmaßnahmen, wie beispielsweise einem Gesetzentwurf zum Ausdruck kommt, durch den unter dem Vorwand der Bekämpfung des Alkoholmißbrauches die Einfuhr fremder Spirituosen beschränkt werden soll, während der Verkauf der gefährlichsten einheimischen Getränke keinerlei Kontrolle unterliegt.

Stark ist offenbar das Bestreben der Hacienderos, der philippinischen Großgrundbesitzer, auf gewisse Verwaltungszweige und auf den Kongreß einen Einfluß im Sinne ihrer Wünsche auszuüben. So wurde in letzter Zeit von ihnen das Verlangen nach Einführung fremder Landarbeiter vorgebracht, während auf den Inseln doch reichlich ländliche Arbeitskräfte vorhanden sind.

Auf unzulässige Machenschaften bei der Finanzierung neuer Industrien durch amerikanische und eingeborene Unternehmer — genannt wird insbesondere eine Art von Trust der Ölmühlen, an dessen Spitze der Amerikaner Carl Hamilton steht — sollen sich die Untersuchungen einer Kommission erstrecken, die nach einer Äußerung des Senatspräsidenten Quezon das philippinische Wirtschaftsleben von der einseitigen Beherrschung durch das Großkapital freihalten soll. Auch dagegen äußern die „Manila Times" unter Hinweis auf die Kapitalarmut des Inselreiches und die dringende Notwendigkeit schneller wirtschaftlicher Entwicklung Bedenken. Neuerdings ist sogar der Nationalheld der Filipinos, General Aguinaldo, mit den beanstandeten Gründungen in Zusammenhang gebracht worden, weil sein Name auf einem der Gründungsprospekte stand. Das hat Quezon veranlaßt, vor dem Senat warnend zu erklären: „Wir sind nun einmal der Ansicht, daß die Hamilton'schen Methoden der Finanzierung zu beanstanden sind, und wir möchten unsern größten Mann vor einem ungünstigen Urteil der Nachwelt bewahren."

Eingeborenen-Wehrmacht. Die im Herbst vorigen Jahres getroffenen Vorbereitungen zur Einberufung der ersten philippinischen Eingeborenen-Division in Stärke von 15 000 Mann auf den 1. November sind durch die Annahme des Waffenstillstandsangebots der Zentralmächte zunächst gegenstandslos geworden. Die Filipinos zeigten im allgemeinen großen Eifer für den Dienst bei der Division und waren auch bereit, nötigenfalls außer Landes zu dienen. Es war auch schon die Rede davon, sie sollten die amerikanischen Truppen an der Grenze von Mexiko ablösen. Jedenfalls erscheint, was sowohl vom kolonialen Standpunkte — man denke nur an die gleichgerichteten Versuche auf Java — wie auch von dem der möglichen künftigen Unabhängigkeit der Inseln bemerkenswert ist, dieser erste Versuch zur Schaffung einer regulären nationalen Wehrmacht auf den Philippinen erfolgreich gewesen zu sein.

Dr. Arthur Heber

Portugiesisch-Ostafrika

Das Gebiet der Companhia de Moçambique (Vergleiche „Wirtschaftsdienst" Nr. 19, 1917)

Wenn auch Nachrichten über die neueste Entwicklung nicht vorliegen, werden doch die Angaben für die Jahre 1916 und 1917 einen Anhalt für die Beurteilung der Wirtschaftslage bieten.

Die Gesamt-Handelsbewegung betrug (in £):

1913	1916	1917
4 973 688	4 400 220	5 511 943

Die Steigerung im Jahre 1917 ist, besonders bei der Einfuhr, nicht auf eine regere Handelstätigkeit, sondern auf die bedeutend gestiegenen Preise für Waren und Produkte zurückzuführen. Die Zahlen lauten (in £):

	Einfuhrwerte	Ausfuhrwerte
1916	535 388	357 111
1917	598 222	587 555

Die Ausfuhr der wichtigsten Landeserzeugnisse betrug:

	1916	1917		1916	1917
Mais ..... Sack	102 943	145 712	(Wert in £)	48 558	72 440
Zucker..... t	18 000	20 953			
Mangrovenrinde t	8 457	?			

Außerdem wurden 1916 in kleineren Mengen Baumwolle, Erdnüsse und Kopra ausgeführt. An Zucker lagen Ende 1917 noch 42 792 t versandbereit, die aber aus Mangel an Schiffen nicht verladen werden konnten.

Die Durchfuhr bezifferte sich auf:

1916..... 1 518 613 £ 1917..... 997 399 £

Aus Rhodesia wurden 1916 über Beira

13 t Kupfererz (= 748 £)
3 395 „ Kupfer (= 451 849 „)
87 251 „ Chromerz (= 335 446 „)

ausgeführt, ferner aus Katanga (Belgisch-Kongo) 28 000 t Kupfer im Werte von 50 bis 100 £ die Tonne.

Der Abschluß der Companhia de Moçambique für 1916 ergab einen Nettoüberschuß von 31 841 £. Eine Dividende wurde nicht erklärt, sondern der Gewinn dem Spezial-Reservekonto übertragen, das dadurch auf 87 928 £ anwächst.

Die Unternehmungen in Afrika brachten einen Gewinn von 50 382 £; die europäischen Unternehmungen schlossen dagegen mit einem Verluste von 2837 £ ab.

Schiffahrt. Im Jahre 1916 wurde Beira, der Haupthafen des Gebietes, hauptsächlich von englischen, portugiesischen und norwegischen Dampfern angelaufen. Es ergibt sich folgendes Bild für 1916:

	Angekommene Schiffe:			
Nationalität	Anzahl	Br.-Reg.-T.	Ladung t	Passagiere
Portugiesisch ..	112	165 214	2 387	904
Englisch	212	481 352	40 237	1629
Norwegisch....	26	22 286	2 770	39
Andere.....	4	6 452	278	—
Zusammen 1916	354	675 304	45 672	2572
gegen 1915	342	994 022	52 410	3507
„ 1913	534	—	136 942	3593

Ausgegangene Schiffe:

Nationalität	Anzahl	Br.-Reg.-T.	Ladung t	Passagiere
Portugiesisch ..	111	163 411	20 341	1179
Englisch.....	213	481 859	106 197	2633
Norwegisch	26	22 286	11 792	35
Andere	4	6 452	2 452	1
Zusammen 1916	354	674 008	140 782	3848
gegen 1915	342	989 373	136 120	4959
„ 1913	529	—	82 923	3251

Für 1917 liegen bisher nur die Ausgaben über die englischen Dampfer vor. Es liefen Beira an: 185 Dampfer, 414 971 Br.-Reg.-T., die 40 300 t Ladung brachten und 105 435 t Ladung einnahmen.

Eisenbahnen. Durch außerordentlich schwere Regenfälle wurde der Betrieb der Beira-Maskonaland-Bahn gegen Ende 1917 auf einige Wochen lahmgelegt. Die Beira-Pungue-Sektion wurde zum großen Teil weggewaschen und konnte erst im Februar 1918 dem Verkehr von neuem übergeben werden. Es verlautet jetzt, daß mit dem Bau der schon lange projektierten Beira-Zambezi-Bahn sofort nach Kriegsende begonnen werden soll.

Landwirtschaft. Durch Negerunruhen in den Jahren 1916 und 1917 und durch besonders schwere Regen im Jahre 1917 wurde die Produktion ungünstig beeinflußt. Als wichtigster Faktor der Kolonie wird die Landwirtschaft durch die Regierung nach Möglichkeit gefördert. Im Jahre 1916 wurden neue Landkonzessionen für 73 000 ha erteilt; für 1917 liegen bisher keine Zahlen vor. Im ersten Vierteljahr 1918 sind 24 242 ha als Farmland aufgenommen worden. Das wichtigste Landeserzeugnis Zucker brachte im Jahre 1916 28 000 t die Ernte 1917 dürfte noch größer ausgefallen sein, da weitere Ländereien urbar gemacht und bestellt worden waren. Auch in den Jahren 1916 und 1917 kamen nur die Zambezi- und Buzi-Ufer für den Zuckeranbau in Frage; die Pungue-Gebiete harren immer noch ihrer Erschließung. Die Maisernte betrug 1916 ungefähr 200 000 Sack, 1917 ungefähr 350 000 Sack. Durch die energisch in Angriff genommene Urbarmachung weiterer geeigneter Gebiete ist in den nächsten Jahren mit einer bedeutenden Steigerung des Ertrages zu rechnen. An Sisal-Hanf hat die Companhia de Moçambique in Chupanga am Zambezi 2500 Acker unter Kultur, weitere 800 Acker werden jetzt bepflanzt. Die Cia. Zambezia legte eine Pflanzung von 3000 Ackern an. Die Agaven gedeihen gut und versprechen günstige Ergebnisse. Die Anpflanzung von Baumwolle durch Neger wird, abgesehen von den von der Companhia de Moçambique unter Kultur gebrachten 3000 Ackern im Sena-Distrikt, auch im Zambezi Gebiet planmäßig durch Verteilung von Saatgut gefördert. Die letzten Ernteergebnisse waren:

1915 .. 627 900 Pfund 1916 .. 1 536 640 Pfund
1917..... 3 584 000 Pfund

Bergbau wird bisher nur im Manica-Distrikt betrieben. Die Goldproduktion 1917 ergab 9276 Unzen im Werte von 37 587 £ gegen 63 733 £ in 1914. Die Kupfergewinnung, die in den letzten Jahren fast gänzlich ruhte, wurde im Hinblick auf die günstigen Marktpreise wieder aufgenommen. Im Jahre 1917 wurden 307 t im Werte von 30 702 £ gewonnen.

H. Pechner

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Der Kurs der Reichsmark erfuhr in der Berichtswoche so erhebliche Steigerungen, daß der Rückgang der letzten vier Wochen wieder gutgemacht wurde. Auch Pfund und Dollar lagen fester. Auffällig ist der außerordentlich scharfe Rückgang des französischen Franken.

Kurs der Reichsmark

	12. 3.	13. 3.	14. 3.	15. 3.	17. 3.	18. 3.	gegen Münzpari am 18. bzw. 17. 3.
Zürich	47,75	47.74	50,25	49,75	52,—	51,—	— 58,69
Amsterdam .	24,15	25.60	25,66	25 60	25 55	25,675	— 56,68
Stockholm..	34.75	36,25	37,75	36,75	37 75	37,75	— 57,53
Kopenhagen	38 25	39,75	40,50	39,75	41,50	41,35	— 53,48
Kristiania...	36,25	38,—	39,50	—,—	—,—	—,—	— 55,56

Kurs der österreich-ungarischen Krone

	12 3.	13. 3.	14. 3.	15 3.	17. 3.	18 3	gegen Münzpari am 18. bzw. 17. 3.
Zürich	23,—	23,—	24,—	24,—	25,—	24,50	— 76 70
Amsterdam .	11,65	12.10	12,—	12 10	12,35	12,—	— 76,19
Kopenhagen	19,—	19,50	20.—	20,—	20,—	20,—	— 73,54
Berlin.....	48,95	—,—	48.95	49,85	48 95	48,95	— 42 40
	49,05	—,—	49,05	49,05	49,05	49,05	— —,—

Kurs des Pfund Sterling

	12 3.	13 3	14. 3	15 3	17. 3.	18 3	gegen Münzpari am 18. bzw. 17.
Zürich	23,19	23,05	23,08	23 25	23,35	23,35	— 7 52
Amsterdam .	11,385	11,6025	11,605	11,605	11,61	11,68	— 3 57
Stockholm..	16.90	16,96	17,03	17,01	17,01	—,—	— 6 33
Kopenhagen	18,31	18,34	18,34	18,34	18,36	18,39	+ 0 12
Kristiania...	17,58	17,68	17,75	17,77	—,—	—,—	— 2 15

Kurs des französischen Franken

	12 3.	13. 3.	14. 3	15. 3.	17. 3	18 3.	gegen Münzpari am 18. bzw. 17. 3.
Zürich	88,40	88.25	88,25	88,—	86,25	85,25	— 14,75
Amsterdam .	44,275	44,325	44 35	44,32½	43,25	42,60	— 11 25
Stockholm..	64,90	65,—	65,25	65 25	64.—	64,50	— 10,42
Kopenhagen	70,25	70.35	70,25	70,10	68,—	67,—	— 6 94
Kristiania ..	67,50	67,75	67,75	67,05	—,—	—,—	— 7.02

Kurs des Dollar

	12 3.	13. 3.	14. 3.	15 3	17. 3.	18 3	gegen Münzpari am 18 bzw. 17. 3
Zürich	485,—	484,—	484,—	488,—	490,—	490,—	— 5 41
Amsterdam .	243,18	243.25	243,50	243 52	244.—	245,25	— 1 42
Stockholm .	—,—	357,—	359, -	359, -	—,—	—,—	— 3 75
Kopenhagen	385,—	385,50	385,50	385 50	386,50	—,—	+ 3 58
Kristiania .	370,—	371,—	373,—	373,—	—,—	—,—	— 0,01

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	4. 3	13 3.
Alexandrien	97 7/16 pari	97 7/16 pari
Bomb./Kalk.....	1 s 6 d—1 s 6 1/16 d	1 s 6 d - 1 s 6 1/16 d
Hongkong	3 s 1 d	3 s 1¼ d
Shanghai	4 s 7½ d	4 s 7½ d
Singapore	2 s 41/32 d—2 s 43/32 d	2 s 3 15/16 d—2 s 43 32 d
Yokohama.....	2 s 1 3/8 d—2 s 1 1 8 d	2 s 1 7/16-2 s 1 15/16 d
Montevideo T.T.	60¼ d—61¼ d	60¼ d—61¼ d
Rio de Janeiro	—	13 3/8 d
Bs. Aires T. T.	51 7/16 d—51 9/16 d	51 d—51½ d
Valparaiso 90 T.....	8 29/32 d	9 3/8 d

Geldverfassung und Währungspolitik

Im Februar 1919 wurden nur für 1 293 764 ℳ Fünfpfennigstücke aus Eisen und für 448 621 ℳ Zehnpfennigstücke aus Zink in den deutschen Münzstätten geprägt.

Das in Brüssel getätigte Abkommen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands sieht als Zahlung u. a. Gold vor als Unterlage für Darlehen, die abgelöst werden, wenn andere Zahlungsmittel die Möglichkeit zu einer derartigen Ablösung geben. In Brüssel wird angeblich nur vorläufig ein Golddepot in Höhe von 220 Mill. ℳ errichtet zur Sicherheit für die Entente.

Die „Deutsche Allg. Ztg." Nr. 127 vom 16. März stellt fest, daß die belgische Regierung jetzt noch fortlaufend Marknoten in Franknoten einlöst auch gegenüber Stellen, die ihr Notenmaterial nur auf dem Wege des Schmuggels erhalten haben können; an der belgischen Regierung sei es, durch Kontrolle der Einlösungen dem Notenschmuggel seinen Anreiz zu nehmen. Die Frist, die die belgische Regierung im allgemeinen zur Einlösung der ihr eingereichten deutschen Banknoten festgesetzt hatte, war Ende Dez. 1918 abgelaufen; man hat jedoch den Banken, bei denen bis dahin noch Anmeldungen eingingen, eine weitere Frist zur Umwechselung ihrer Bestände eingeräumt, und mit dieser Bestimmung wird offenbar Mißbrauch getrieben.

Im Verwaltungswege ist beschlossen worden, die Mitwirkung des Publikums an der Ermittelung von Personen, die sich gegen das kürzlich von der Nationalversammlung angenommene Gesetz über das Verbot der Zahlung eines Aufgeldes im Handel mit deutschen Banknoten vergehen, dadurch anzuspornen, daß denen, die Verletzungen gegen das Verbot des

Agiohandels und der damit verbotenen Notenausfuhr nachweisen, eine Belohnung von etwa 10 % des beschlagnahmten Betrages gewährt wird. An der Verteilung dieser Summe sind alle diejenigen beteiligt, deren Zusammenwirken die Verletzung des Gesetzes und damit die Schädigung deutschen Volksvermögens vereitelt hat. („Deutsche Allg. Ztg." Nr. 118 v. 11. 3. 19.)

Staatsanleihen

Die deutsche Reichsregierung hat der deutsch-österreichischen Regierung einen neuen Markvorschuß von 200 Mill. ℳ gewährt, der zunächst auf einige Monate laufen dürfte. Als Deckung sollen 400 Mill. Kr verschiedener Arten österreichischer Kriegsanleihen gewährt werden. Die Verwendung des Markerlöses dürfte in der Hauptsache dieselbe sein wie bisher: zur Anschaffung für Markkupons in Deutschland und zur Finanzierung anderer Verpflichtungen, u. a. von Einfuhren. („F. Z." 7. 3.)

Die Karlsbader Stadtvertretung beschloß die Aufname einer 4%igen 10 Mill. Kr-Anleihe bei der Internationalen Handelsbank in Wien zum Kurse von 98 % ohne Amortisation in den ersten 10 Jahren. („F. Z." 1. 3.)

Vertreter skandinavischer Banken verhandeln in Warschau mit polnischen Kreisen über den Handelsverkehr zwischen Polen und Skandinavien. Polen versucht eine Anleihe von 1 Milliarde Kr in Skandinavien aufzunehmen. Die Gewährung eines so großen Kredits dürfte jedoch infolge des eigenen Geldbedarfs von Handel und Industrie in den skandinavischen Ländern kaum in Frage kommen. („D. A. Z." 10. 3.)

Laut „Inf." vom 4. 3. besteht bei der russischen bolschewistischen Regierung die Absicht, eine große ausländische Anleihe aufzunehmen, die durch politische und wirtschaftliche Garantien in Form von Konzessionen in Sibirien und im Ural an amerikanische Gesellschaften gesichert sein soll. Die russischen Kriegsausgaben betragen zurzeit monatlich 3 Milliarden Rubel.

Eine Verordnung der estnischen Regierung bevollmächtigte das Finanzministerium zur Ausgabe von Reichskassenscheinen im Werte von 145 Mill. in zweiter Folge. („H. N." 11. 3.)

Die alliierten Mächte haben beschlossen, die Zahlung der Zinsen der 5%igen türkischen Kriegsanleihe nicht zuzulassen, solange nicht die Zinsenzahlung auf die äußere Schuld, nämlich auf die Obligationen, die im Besitz der Angehörigen der alliierten Mächte sind, wieder aufgenommen worden ist. Von den durch diese Maßnahme betroffenen Kriegsanleihen der Türkei ist wohl nur ein nicht sehr großer Betrag in Deutschland untergebracht. („D. A. Z." 11. 3.)

Laut „F. Z." vom 6. 3. teilte der niederländische Finanzminister mit, daß noch eine weitere Krisisanleihe von 400 Mill. fl notwendig sein wird.

In Madrid wird die Gewährung neuer spanischer Vorschüsse an die Alliierten erörtert; insbesondere ist man geneigt, Frankreich weitere 500 Mill. fr zu bewilligen. („Sem. de Mars." 27. 2.)

Die „F. Z." ergänzt obige Meldung dahin, daß, um das Portefeuille der Bank von Spanien von den Verpflichtungen aus vorjährigen Krediten zu entlasten, die Ausgabe einer französischen Konsolidationsanleihe in Spanien vorgeschlagen wurde.

Laut „Economist" vom 8. 2. betrugen die Kriegskosten der Union bis zum 6. 1.: 24,590 Milliarden $.

Der amerikanische Senat hat den Gesetzentwurf über die Siegesanleihe von 7 Milliarden $ angenommen. („D. A. Z." 5. 3.)

Laut „Inf." vom 1. 3. soll die Ausgabe dieser Anleihe in Höhe von 5 (?) Milliarden $ im April stattfinden.

Die argentinische Deputiertenkammer hat am 26. 2. das Vorschußabkommen mit den Alliierten bewilligt, laut dem diesen 200 Mill. Goldpesos, die für Lebensmitteleinkäufe bestimmt sind, geliefert werden.

Kursschwankungen deutscher Aktien

Name des Unternehmens	Am 1. Juli 1914			Am 31. Dezember 1918			Am 28. Febr. 1919	
	Letzte Dividende %	Kurs %	Kurswert d. Aktienkapit. Mill. ℳ	Letzte Dividende %	Kurs %	Kurswert d. Aktienkapit. Mill. ℳ	Kurs %	Kurswert d. Aktienkapit. Mill. ℳ
Accumulatorenfabrik	20	297	35,6	25	190 1/8	22.9	230	27,6
Aktien Gesellschaft für Anilinfabrik [1]	23	473	66,2	18	224	73,9	230	75,9
Aktien-Gesellschaft für Verkehrswesen	18	205 1/4	20,5	10	150	15	170	17
Adler Portland-Zement	6	102 1/2	5,6	10	111	6,5	137 1/2	7,6
Adler & Oppenheimer	12	176 1/2	21,2	20	118	26,2	234	28,1
Adlerwerke [2]	25	296	38,5	—	224 3/4	40.5	255	45,9
Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft	9	174	21,9	0	118 1/2	14,9	123 1/2	15 6
Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft [3]	14	241	37,4	14	168 1/4	33,6	169 1/2	33,9
Alsen Port.and-Zement	16	212	19,1	9	170	15,3	192	17,3
Aluminium Industrie voll [4]	20	260 1/2	91.2	20	591	248,2	700	294
Amme, Giesecke & Konegen [5]	11	165 1/2	6,6	10	117 1/2	7	120	7 2
Ammendorfer Papierfabrik	—	370	6,1	36	350	5,8	350	5,8
Anglo Continental Guano	8	118,60	19	10	130	20,8	149 3/4	24
Anhalter Kohlenwerke	10	187	11,2	15	171	10,3	169 3/4	10,2
Arenberger Bergbau	25	396	57	30	280	40,3	313	45 1
Augsburg Nürnberger Maschinenfabrik [6]	16	180	48,6	18	184 3/4	66,5	198	71 3
Badische Anilin- u. Sodafabriken [7]	28	578	208,1	20	273	245,7	287 1/2	258,75
Baer & Stein	30	403 1/2	6,1	30	197	3	328 1/2	4,9
Basalt, Aktien-Gesellschaft [8]	8	123,90	9,3	8	141 3/4	12,1	162.60	13 9
J. P. Bemberg	0	82	3,1	10	216	8,1	235	9,9
Carl Berg, Eveking [9]	—	97,90	2,9	15	127	6,35	136	6 8
Jul. Berger, Tiefbau	20	276	11	15	204	8,1	246	9,8
Bergmann, Elektrizitätswerke	5	114,10	13,7	12	132	15,8	148	17,8
Berlin-Anhalter Maschinen	4	133	16	12	131	15,7	139 3/4	16,8
Berliner Elektrizitäts-Werke	12	169 1/2	74.7	10	134 1/2	59,3	130	57.3
Berliner Elektrizitäts Vorzugs-Aktien	4 1/2	99 3/4	19,95	4 1/2	95 1/2	19,1	100	20
Berliner Holz-Comptoir	7	86 1/2	5,2	8	108 1/2	6,5	127	7,6
Berliner Maschinen-Bau, Schwartzkopff	16	235	31,8	25	195 1/4	23,4	208	25
Berthold Messing	15	272 3/4	10,9	—	140	5,6	169	6 8
Bismarckhütte [10]	9	144	23	30	188 1/4	41,4	191	42
Bochum, Bgw. abg.	10	131,80	8,1	6	118	7,1	185	11,1
Bochumer Gußstahl [11]	14	221,20	79,7	22 1/2	189	85 05	190	85,5
Gebr. Böhler u. Co. [12]	16	222 3/4	34,8	26	170	40,5	190	47,5
Braunkohlen und Brikett [13]	11	175	14,—	12	131	18,3	138	19,3
Braunschweiger Jutespinnerei	15	212	6,3	12	200	6	205	6,15

Seit 1. Juli 1914 bis 31. Dezember 1918 wurde das Aktienkapital erhöht bei:

[1] von 14 auf 33 [2] von 13 auf 18. [3] von 155 auf 200. [4] von 35 auf 42. [5] von 4 auf 6. [6] von 27 auf 36. [7] von 36 auf 90. [8] von 7,5 auf 8,55. [9] von 3 auf 5. [10] von 16 auf 22. [11] von 36 auf 45. [12] von 15,6 auf 25. [13] von 8 auf 14.

Name des Unternehmens	Am 1. Juli 1914			Am 31. Dezember 1918			Am 28. Febr. 1919	
	Letzte Dividende %	Kurs %	Kurswert d. Aktienkapit. Mill. ℳ	Letzte Dividende %	Kurs %	Kurswert d. Aktienkapit. Mill. ℳ	Kurs %	Kurswert d. Aktienkapit. Mill. ℳ
Braunschweiger Kohle [14]	14	300	18,6	15	200	21,9	206	22,7
Bremer Linoleum	15	181½	9,9	16	118	6,5	132	7,3
Bremer Wollkämmerei [15]	20	290¼	1,7	18	276	1,7	260	1,65
Breslauer Spritfabrik	22	442	24,1	25	371	25,6	391	27
Buderus Eisenwerke	7	104	22,9	10	132	29	140⅛	30,8
Busch, Waggonfabrik	20	275	11	25	264	10,6	313½	12,5
Caroline Braunkohle	30	401	57,5	30	280	38,1	280	38,1
Carton Loschwitz [16]	25	392	13,7	30	195	8,7	229	10,3
Chemische Fabrik Buckau	8	149	9	10	90	5,4	118½	7,1
Chemische Fabrik Griesheime Elektron [17]	14	243	38,9	16	200	50	197¾	49,4
Chemische Fabrik v. Heyden [18]	14	228	16	25	210¾	21,1	241¾	24,1
Chemische Fabrik Weiler [19]	12	189	11,3	12	141	14,7	155¼	16,1
Chemische Milch	15	253	14,7	22	194	11,3	239	13,8
Chemische Werke vormals Albert	30	398	39,8	30	284	28,4	299	29 9
Cöln Gas und Elektrizität	—	41	3,2	—	57	4,6	67	5,4
Concordia Bergbau	23	354¾	36,4	21	282	28,3	298	30,5
Concordia Chemische Fabrik	13	224½	6,7	10	137½	4.1	157½	4,7
Daimler Motoren [20]	14	576	30,1	30	173	51,9	223¾	71,5
Delmenhorst Linoleum	22	284½	8,8	14	175	5,4	199¼	6
Dessauer Gaswerke [21]	11	164,40	46	11	142¼	55,5	153	59 7
Deutsch-Atl. Teleg.	7½	120	28,8	3½	79	19	81	19,4
Deutsch Luxemburgischer Bergbau	10	128	16,6	10	110¼	14,3	125	16,25
Deutsch Südamerikanische Tel.	110	—	—	5	78½	9,8	78	9 75
Deutsch-Übers. Elektr.	11	164¼	264,4	—	133	199,5	160	240
Deutsche Babcock & Wilcox [22]	10	175	6,1	17½	168	8,4	175	8,75
Deutsche Eb. Signalwerke [23]	25	232	16,6	16	182	13,65	140	10,5
Deutsche Erdöl	—	196	60,3	25	208	63,9	208	63,9
Deutsche Gasglühlicht [24]	25	565	74,6	25	300¼	69,4	320¼	73.9
Deutsche Gußstahlkugel [25]	12	154,30	6,6	25	155¾	7,8	180½	9
Deutsche Jutespinnerei [26]	25	317,60	7,3	36⅔	284	7,4	332½	8,6
Deutsche Kaliwerke [27]	10	131½	39,45	8	135½	55,4	169	69,2
Deutsche Schachtbau	40	361½	8,4	75	228	5,7	225	5,6
Deutsche Spiegelglas	20	279	8,3	12	185	5,5	—	5,5
Deutsche Steinzeug [28]	16	212	5,3	20	160	4,8	160	4.8
Deutsche Ton- und Steinzeug	10	132½	9,3	14	149¾	10.5	160	11,2
Deutsche Waffen und Munition	32	348	101,4	30	158½	47,55	190	57
Deutsche Eisenhandel	8	116,80	26 9	10	124⅛	28 5	145½	33,4
Donnersmarckhütte	24	329½	49,8	22	228¼	34.5	224½	33,6
Döring u. Lehrmann	10	137	7,5	—	70	3,85	82	4,5
Dresdener Gardinen	—	116½	8,1	16	140	7	164	8,2
Dürkopp-Werke	22	295½	13,3	25	275	12,4	339½	15,3
Düsseldorfer Eisenwerke, Weyer	16	230	10,25	13	174	7,8	174	7,8
Duxer Kohlenwerk	16	322	16,1	16	401	20,5	401	20,5
Dynamit A Nobel [29]	10	161,10	19,7	20	139	50	172	61,9
Eintracht Braunkohle [30]	27	499	29,9	27	335	33,5	333	33,3
Eisenbahn Verkehr *)	12½	195	12,2	22½	225	14,1	240¼	15
Eisenhütte Silesia	8	117¾	11,8	21	133¾	13,4	155	15,5
Eisenwerk Kraft [31]	12	166¾	30	20	140	31	158	35,55
Elberfelder Farbenfabriken [32]	28	587	317	20	271⅛	244	279½	251,55
Elektrizitäts Lieferung	12	192½	57,75	10	125	37,5	133½	40,05
Elektrisch Licht und Kraft	7½	128 80	38,6	—	85	25	85¾	25,7
Erlanger Baumw. [33]	16	223	8,2	10	199	8,0	199	80
Erdmannsd. Sp.	4	74¾	2,8	12	131	4,9	153½	5,7
Eschweiler Bergwerke	10	227	86	12	224	85,1	232¼	88,2
Essener Steinkohlen [34]	10	153,60	29,2	12	141	35,25	147¾	36,9
Excelsior Fahrrad [35]	25	266¼	4,3	15	141½	3,1	184¾	4,1
Joh. Fabers Bleistiftfabrik	15	270	9,7	20	285	10,3	259	9,6
Feldmühle Papier [36]	12	152¼	11,4	20	116½	11,65	219½	21.95
Felten & Guillaume [37]	8	141¼	66,7	15	140¼	84,15	159	95,4
Filter und brautechnische M. [38]	23	280	8,1	8	145	5,1	170	5,95
Flöther Maschinenfabrik	14	25	10,1	18	243	9,7	330	13.2
Fraustädter Zuckerfabrik	16	211¼	3,8	35	266	4,7	266½	4,8
Gasmotor Deutz	9	122¼	26,9	10	112¼	24,7	119¾	26,3
Gebhardt & Koenig	15	214	9,6	—	82¼	3,7	92½	4,2
Gelsenkirchen [39]	11	182	327,6	12	142¼	267,4	164¼	309,3
Gelsenkirchen Gußstahl [40]	6	100½	3	30	154	6.9	181¼	8,2
G. Genschow & Co. [41]	12	208¾	5,3	18	130	4,55	165½	7,4
Georgs-Marienh.	7	113¼	21	10	134	24,8	129¼	23,9
Gerh. und Farb. Renn.	19	232	17,4	16	225	16,9	263	19,7
Germania Portland Zementfabrik	—	87	6	8	114	8,4	131	9,7

Seit 1. Juli 1914 bis 31. Dezember 1918 wurde das Aktienkapital erhöht bei:

[14] von 6.2 auf 11. [15] von 5 45 auf 6 9. [16] von 3 5 auf 4 5. [17] von 16 auf 25. [18] von 7 auf 10. [19] von 6 auf 10 4. [20] von 8 auf 32 [21] von 28 auf 39. [22] von 3 5 auf 5. [23] von 5 auf 7 5 (früher Bruchsal, Maschinen). [24] von 13 2 auf 23,1. [25] von 4 25 auf 5 [26] von 2 3 auf 2.6. [27] von 30 auf 40 85. [28] von 2 5 auf 3. [29] von 12 auf 36. [30] von 6 auf 10* (früher D Waggonleihanstalt. [31] von 18 auf 22 5. [32] von 84 auf 90. [33] von 3,6 auf 4. [34] von 19 auf 25. [35] von 1,6 auf 2.2. [36] von 7.5 auf 10. [37] von 55 auf 60. [38] 2.9 auf 3,5. [39] von 180 auf 188. [40] von 3 auf 4,5. [41] von 2,55 auf 3,5.

Name des Unternehmens	Am 1. Juli 1914			Am 31. Dezember 1918			Am 28. Febr. 1919	
	Letzte Dividende %	Kurs %	Kurswert d. Aktienkapit. Mill. ℳ	Letzte Dividende %	Kurs %	Kurswert d. Aktienkapit. Mill. ℳ	Kurs %	Kurswert d. Aktienkapit. Mill. ℳ
Gesellschaft für elektrische Unternehmen	10	156½	93,9	5	96	57,6	101½	60,9
Gebr. Goedhart	11	142½	8,5	11	115	6,9	134½	8,1
Th. Goldschmidt [42]	12	199	13,5	12	170	25,5	213	31,95
Görlitzer Eisenbahnm. [43]	9	218	6,8	17	180	8,1	219½	9,9
Gritzner Maschinen	18	263	11,8	15	223	10	223	10
Hackethal Draht [44]	16	183	10,2	22	186	13	216	15,1
Hamburgisches Elektrizitäts-Werk [45]	8½	152	33,4	4	127	39,1	123	35,9
Hannoversche Maschinenfabrik Egestorf	20	330	26,4	30	275	22	325	26
Harkort Bergw. St.-Pr.	13½	198	17,8	22½	147¾	13,3	152¾	13,7
Harpener Bergbau	11	177,90	151,2	12	168	142,8	165	140
Hartm. S. Masch. [46]	8	127	15,2	15	172	25,8	182	27,3
Hasper Eisen und Stahl	12	150	19,5	16	121¾	15,8	135	17,6
Hedwigshütte [47]	9	101½	6,1	16	137¾	9,6	151	10,6
Heilmann, Immob.	—	71½	4,7	—	102¼	7,6	126¾	8,8
Hemmoor Portland-Zement	9	121¼	65	6	136	7,3	148¼	9,8
Hirsch, Kupfer [48]	8	125¼	12,5	20	158½	47,55	170½	9,2
Höchster Farbwerke [49]	30	454	163,8	18	218½	196,65	259¾	77,9
Hoesch, Eisen und Stahl [50]	24	310¼	62,05	39	210	84	220	88
Hohenlohe-Werke	—	105½	84,4	8	105	84	112¾	89,6
Hotelbetriebs-Gesellschaft	10	141	17,5	6	105¼	12,9	143½	15,6
Humboldt, Maschinen	8	117,30	23 6	9	114	23.9	128½	25,7
Ilse, Bergbau [51]	26	470	82,25	26	301½	67,8	330	74,25
Max Jüdel & Co. [52]	24	444¾	26,6	15	245	19,6	210½	16,8
Kahla Porz.	22½	290	11.6	10	246	9,8	306	12,2
Kaliwerke Aschersleben [53]	10	137¾	16,5	7	134	26.8	162	32,4
Kattowitzer Bergbau [54]	—	209¾	81,8	12	131	68,1	140	72,8
Kirchner & Co.	30	306	15,3	40	192	9,6	249	12,45
Koehlmann, Stärke	22	387½	17,4	20	308¼	13,9	310	13,95
Kölln, Neuess, Bergwerke	40	518	54,4	40	425	44,6	503	52,8
König, Wilhelm St.-P.	23	311	22,7	25	230	16,7	259	18,9
Königsberger Zellstoff	22	300	15	35	254	12,7	293¾	14,65
Königsborn, Bergbau	18	218¾	24,1	18	210	23,1	205	22,55
Körbisdorfer Zucker	4½	132¾	3,6	10	243	6,6	243	6,6
Gebr. Körting	8	116	22	10	123	23,4	129¾	24,5
Kollmar & Jaurdan	18	298½	11,9	23	266½	10,6	280¼	11,2
Kronprinz, Metall [55]	16	263	14,7	15	205	23	280	31,4
Kruschwitz, Zuckerfabrik	16	207	5.1	20	236	5,9	255	6,3
Lahmeyer & Co. [56]	6	131¼	39.4	8	109	43,6	112	44,8
Lauchhammer [57]	10	166¼	16,2	20	156	20 3	162¾	21,2
Laurahütte	8	146¾	52,8	12	177	63,7	169	60,8
Leipziger Werkzeug [58]	2,5	352	7,4	30	289	8,7	317	9,5
Leopoldsh. Chem.	4	85,10	9,6	6	87¼	9,9	100	11,3
Linde's Eismaschinen	9	122	14,6	12½	131	15,7	153	18,4
Carl Lindström	15	168	8,4	20	177	8 85	216	10 8
Lingel, Schuhfabrik	12	153	9,2	12	172¾	10,4	182½	10,9
Linke, Hoffm. Wagg. [59]	17	269	44,7	24	244	47	290	56
Ludwig Loewe & Co.	18	303¾	30 4	32	196	19,6	238½	23,85
C. Lorenz	25	332	14 9	35	212	9,5	255	11,5
Magdeburger Bergwerke [60]	38	501	10,5	30	300	9,1	295	9,1
Mannesmannröhren [61]	13½	205½	148	18	175	133	176½	151,8
Mechanische Weberei Linden	20	222	9	—	145	5,9	163½	6,6
Merkur Wollwaren	20	263	2,9	—	230	2.5	260	2,9
Mühle Rüningen	24	327¾	6,5	18	180	8,6	211	4,2
Mühlheimer Bergwerk	11	154,90	21,7	11	129¾	18,2	138½	19,4
Norddeutsche Eiswerke	—	14	0,3	6	105	2,4	136	3,1
Norddeutsche Spritwerke	16	242½	4,85	—	292	5,8	352	7
Norddeutsche Wollkämmerei	10	141¼	31,8	12	142	31,95	160¼	36
Oberschlesische Eisenbahn-Bdf.	4	86¼	41,4	20	129½	62,2	135½	65
Oberschlesische Eisen-Industrie Car. H.	—	77,70	20,5	14	113½	31,8	139¼	38,9
Oberschlesische Kokswerke [62]	17	207	38,3	17	187½	40,3	206½	44,5
Orenstein und Koppel	14	153,30	69	14	142⅞	64,3	167	65,15
Osnabrücker Kupfer [63]	—	60	0,7	20	135	4,5	140	4,2
Ostelb. Spritwerke [64]	12	319½	14,4	—	280	15,5	280	15,5
Phönix Bergbau	18	235¾	249,9	20	192⅜	203.9	190½	206,7
Julius Pintsch	8	133¾	24,1	14	127½	22,95	147¾	26,5
Reisholz Papierfabrik [65]	18	243¼	14,6	20	185	18,5	185	18,5
Rheinische Braunkohlen [66]	—	242¼	77,5	14	229¾	108	248½	116,8
Rheinisch-Nassau Bergwerke	10	198	19,8	15	185	18,5	178½	17,85
Rheinische Stahlwerke [67]	10	154,60	71,1	12½	132	79,2	144½	86,7
Rheinisch-Westfalische Kalkwerke	12	151	20,4	16	160	19,6	165	22,2
Rheinisch-Westfälischer Sprengstoff [68]	15	219	14,2	16	110	14,5	150	19,5

Seit 1. Juli 1914 bis 31. Dezember 1918 wurde das Aktienkapital erhöht bei: (Fortsetzung folgt.)

[42] von 11,85 auf 15. [43] von 3,1 auf 4,5 [44] von 5,6 auf 7. [45] von 22 auf 30 8. [46] von 12 auf 15 (Sächs. Masch.). [47] von 6 auf 7. [48] von 10 auf 30. [49] von 36 auf 90. [50] von 20 auf 40 [51] von 17.5 auf 22.5. [52] von 6 auf 8. [53] von 12 auf 20. [54] von 39 auf 52. [55] von 5,6 auf 11 2. [56] von 30 auf 40. [57] von 10 auf 13. [58] von 2,1 auf 3. [59] 16 6 auf 19 3. [60] von 2,1 auf 3.1. [61] von 72 auf 86. [62] von 18,5 auf 21,5. [63] von 1,2 auf 3. [64] von 4,5 auf 5,55. [65] von 6 auf 10. [66] von 32 auf 47. [67] von 46 auf 60. [68] von 6,5 auf 13.

Schiffahrt und Schiffbau

England

Schiffahrtsfragen im Unterhause. Der Abgeordnete Cayzer machte den Premierminister darauf aufmerksam, daß die amerikanische Regierung requirierte oder ihr gehörige Dampfer durch amerikanische Agenten von Häfen der Vereinigten Staaten in Wettbewerb gegen englische Liniendampfer nach deren Anlaufshäfen beladen läßt, und fragt an, ob die britische Regierung wegen dieses mit Staatsmitteln unternommenen Angriffs auf britische Interessensphären und unter Hinweis auf die damit nicht zu vereinbarenden Völkerbunds-Bestimmungen bei der Regierung der Vereinigten Staaten Vorstellungen erheben wolle. Durch Bonar Law wurde diese Anregung abgelehnt.

Auf die Anfrage, ob das Schiffahrts-Ministerium nicht über einen Lohntarif für Schiffskapitäne schlüssig geworden sei, wird regierungsseitig geantwortet: Das Schiffahrts-Ministerium betrachte sich unter den heutigen Verhältnissen für diese Frage als nicht zuständig; dagegen habe der Schiffahrts-Kontrolleur für diejenigen Fälle, in denen eine Einigung zwischen Reeder und Kapitän nicht zustande komme, einen Tarif ausgearbeitet und den Beteiligten zugestellt.

Auf die Anfrage, ob ein dem Bedürfnis entsprechendes Angebot für Überfahrtsgelegenheit zwischen England und Amerika für englische Reisende vorhanden sei, antwortet die Regierung in verneinendem Sinne: man versuche, dem Übelstande dadurch zu begegnen, daß auf den westwärts fahrenden Truppendampfern die beschränkte Fahrgelegenheit für englische Zivilreisende vermehrt werde, jedoch ist es unerläßlich, daß jede nicht unbedingt nötige Reise vorläufig unterbleibe.

Hb.

Die Tieflade-Linie. Wie früher an dieser Stelle mitgeteilt, hat der außerordentliche Schiffsraummangel Veranlassung gegeben, die englischen Vorschriften über die Tiefladelinie abzumildern und eine Überschreitung der Ladegrenze in gewissem Umfange zu gestatten. Die Schiffahrtskammer gibt nunmehr bekannt, daß das Handelsamt die gewährten Ausnahmen zurückgezogen hat und daß die früheren Bestimmungen restlos wieder in Kraft gesetzt sind.

Hb.

Umbau von Tankschiffen für gewöhnliche Frachtfahrt. Infolge des bedeutend gesunkenen Bedarfs an Heizöl für die englische Marine ist nunmehr mit der Außerdienststellung von Tankdampfern begonnen worden. Es sind deren zunächst 6 von mehr als 30 000 Br.-Reg.-T. in Clyde aufgelegt worden, um auf den dortigen Werften möglichst bald für allgemeine Frachtfahrt ausgebaut zu werden.

Hb.

Griechenland

Kriegsverluste der griechischen Flotte. Nach einer Mitteilung des Times-Korrespondenten in Athen sind amtlichen Ausweisen zufolge von der griechischen Handelsflotte während des Krieges 154 Dampfer mit 399 00) Br.-Reg.-T. und 126 Segler mit über 12 000 Registertons durch Kriegsmaßnahmen verloren gegangen. 18 Dampfer mit einem Gesamtraumgehalt von 32 000 Br.-Reg.-T. wurden in feindlichen Häfen beschlagnahmt und 12 sind durch Angriffe beschädigt worden. Der Wert dieses verlorenen Frachtraums wird auf 40 Mill. Pfd. Sterling veranschlagt. *A. K.*

Vereinigte Staaten

Die Neubauten für die amerikanische Staatsflotte bis 1. Januar 1919. Seit August 1917, als das Schiffahrtsamt sämtliche auf amerikanischen Werften in Arbeit befindlichen Stahlschiff-Neubauten requirierte, mit der Aufstellung seines bekannten riesigen Schiffbauprogramms begann und seine ersten Bauaufträge vergab, ist die amerikanische Schiffbauindustrie mit Ausnahme eines geringen Bruchteils, der für private Besteller zumeist Holzschiffe oder kleinere Fahrzeuge baut oder Aufträge alliierter Regierungen ausführt, für die staatliche „Notstandsflotte" (United States Emergency Fleet) tätig. In den 17 Monaten bis zum 1. Januar 1919 sind von den Werften insgesamt 580 Schiffe von 3 405 472 t dw an das Schiffahrtsamt abgeliefert worden und zwar

August—Dezember 1917	49 Schiffe	von	301 889 t dw
im Jahre 1918	540 „	„	3 102 583 „
zusammen	589 Schiffe	von	3 405 472 t dw

Nach der Verschiedenartigkeit des Hauptbaumaterials ordnet sich die während des Jahres 1918 fertiggestellte Neutonnage wie folgt:

Stahlschiffe	requirierte Neubauten ..	1 620 562	t dw
	neu bestellt	949 625	„
Holzschiffe		376 400	„
Kompositschiffe (Holz und Stahl)		37 500	„
Stahlschiffe, auf japan. Werften erbaut.		119 606	„
zusammen		3 103 583	t dw

Ungefähr die Hälfte dieses neuen staatlichen Schiffsraumes lieferten die Werften an der Pacificküste, etwa ein Drittel die Schiffbauplätze an der Atlantischen Küste, den Rest die Werften an den Großen Seen und am Golf.

Auf Stapel liegen nach den letzten amtlichen Berichten:

Stahlschiffe	requirierte Neubauten	43 Schiffe	v.	372 795 t dw
	neu bestellt	340 „	„	2 303 599 „
Holz- und Kompositschiffe		375 „	„	1 074 500 „
zusammen ...		758 Schiffe	v.	3 750 894 t dw

Außerdem sind 287 Schiffe mit 1 222 873 t dw zu Wasser gelassen, aber noch nicht abgeliefert worden. Es zeigt sich also, daß die bisher fertiggestellten oder sich gegenwärtig in Bau oder Ausrüstung befindlichen Schiffe zusammen bereits mehr als die Hälfte des ursprünglich 16 000 000 t dw umfassenden, neuerdings aber durch Verzicht auf die bestellten Holzbauten um etwa 1 500 000 t dw gekürzten Gesamtbauprogramms der Staatsflotte ausmachen. *A. K.*

Die „erste Breitseite" im künftigen amerikanisch-englischen Ratenkampfe? Die von den englischen Linien Anfang Februar verkündete Herabsetzung der Frachtsätze im transatlantischen Verkehr um 66 %, die vom amerikanischen Schiffahrtsamt sofort mit einer Ratenermäßigung in gleichem Umfange beantwortet wurde, wird in amerikanischen Schiffahrtskreisen ziemlich allgemein als die „erste Breitseite" im künftigen amerikanisch-englischen Ratenkampf aufgefaßt. Wohl hatte man mit einer Senkung des Frachtratenniveaus gerechnet, aber man glaubte, daß sie sich allmählich, nicht derartig sturzhaft vollziehen würde. Die britischen Linien — in Betracht kommen hauptsächlich Cunard, White Star, Wilson, Leyland und Furness, Withy & Co. sowie Canadian Pacific — haben sich einer Mitteilung des New Yorker Vertreters der Cunard Linie zufolge zu dieser einschneidenden Maßnahme entschlossen, um so schnell wie möglich wieder zu normalen Verhältnissen im transatlantischen Verkehr zu gelangen. Seit sich mit dem Abschlusse des Waffenstillstandes der Ausblick auf niedrigere Frachtsätze eröffnete, macht sich nämlich unter den amerikanischen Verladern das Bestreben geltend, die Verschiffung ihrer zur Ausfuhr bestimmten Güter zu verzögern und günstigere Raten abzuwarten. Für die der Truppenbeförderung dienenden englischen Schiffen wurde es in letzter Zeit immer schwieriger, volle Ladung für die Rückreise nach Europa zu erhalten. Die Ratenkürzung hatte also nach dieser englischen Lesart vor allem den Zweck, den Verschiffungswillen der amerikanischen Verlader kräftig zu stimulieren und den englischen Schiffen volle Rückfrachten zu bringen.

Die neuen Raten gelten für die englischen Schiffe nur insoweit, als diese bereits vom Schiffahrtskontrolleur freigegeben sind. Im Februar sollte der Laderaum in britischen Schiffen, der nicht mehr für Regierungsfrachten in Anspruch genommen wurde, auf 30 % erhöht worden, und für März rechnete man mit der Freigabe des Gesamtladeraums für Handelszwecke. Bei den amerikanischen Schiffen haben umgekehrt die neuen vom Schiffahrtsamte festgesetzten Raten zunächst nur Gültigkeit für die unter Kontrolle der Regierung fahrenden Schiffe. Die freien, unter Leitung der Privatreeder stehenden Schiffe sind jedoch wohl oder übel gezwungen, ihre Forderungen den neuen Sätzen anzupassen, da sie anders selbst für gewisse Fahrten, an denen die Regierungsschiffe nur geringen Anteil haben, sich kaum ausreichende Ladungen zu sichern vermögen. Schwer betroffen werden von der Ratenänderung diejenigen Reeder, die ihr Geschäft ganz oder zum Teil mit Charterdampfern betreiben, und diese zumeist auf längere Zeit auf Grund der früheren Sätze gemietet haben.

Wie die Raten des nordatlantischen Verkehrs, so sind auch die des Verkehrs nach Frankreich, dem Mittelmeer, Südafrika, dem Osten und Australien ähnlich entscheidend gekürzt worden. Auch hier haben Engländer, Franzosen, Japaner zumeist den Anstoß gegeben. Im Verkehr zwischen Nord- und Südamerika ist mit der Freigabe der bisher unter Kontrolle des Schiffahrtsamtes fahrenden fremden Charterschiffe der ver-

fügbare Frachtraum erheblich gewachsen; er betrug Anfang Januar 335 000 t dw, Anfang Februar 465 000 t dw. Eine Herabsetzung der Frachtraten steht auch hier bevor.

A. K.

Einwanderungsverbot? Dem amerikanischen Repräsentantenhaus ist Ende Januar ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Einwanderung von Europa und Asien für die Dauer von 4 Jahren verbieten und nur Emigranten aus Kuba, Kanada, New Foundland und Mexiko zulassen will. Der Entwurf hat beim Einwanderungskommittee des Hauses eine günstige Aufnahme gefunden. Er wird begründet mit dem Hinweis, daß für die nächsten Jahre ein großer Zustrom von Emigranten aus den vom Kriege heimgesuchten Teilen Europas zu erwarten sei, mit dem zugleich auch anarchistische und bolschewistische Agitatoren Einzug in die Vereinigten Staaten finden würden. Besonders eifrig wird das Gesetz von den Vertretern der Arbeiterorganisationen befürwortet, die von der künftigen Einwanderung eine Herabminderung ihrer hohen Lohnsätze befürchten und der Ansicht sind, daß Amerika soviele Arbeitskräfte, wie es bedürfe, im Lande habe. Auch die Rücksicht auf die zurückkehrenden Truppen, denen man die künftige Arbeitsgelegenheit nicht verkürzen will, mögen mitsprechen. Die Gegner des Entwurfs sind überzeugt, daß die Annahme einer künftigen gesteigerten Einwanderung unrichtig sei, daß vielmehr gerade das Gegenteil wahrscheinlich wäre. Denn die europäischen Staaten würden vermutlich die Auswanderung wenn nicht verbieten, so doch erschweren. Eine sehr große Zahl fremder Arbeiter warte außerdem auf die erste Gelegenheit, nach Europa zurückzukehren. Mit ihnen würde Amerika manche geschickten Arbeiter, die nicht wieder ersetzt werden könnten, verlieren. Da in Bezug auf die künftige Einwanderung heute noch alles ungewiß sei, könnten gesetzliche Maßnahmen vorerst noch sehr wohl zurückgestellt werden. Die recht verschieden beantwortete Frage, ob man den bisher nicht beschränkten Austausch von Arbeitskräften zwischen den verschiedenen Ländern unterbrechen dürfe, ließe sich vielleicht international regeln. Man dürfe nicht vergessen, daß der europäische Arbeiter das Recht zu haben glaube, überall zu kommen und zu gehen, wo man für seine Arbeitskraft Verwendung habe. Ein Verbot der Einwanderung, die man bisher als eine gute Kraftquelle betrachtete, würde mit allen Traditionen der Vereinigten Staaten brechen.

Welches Schicksal der Entwurf haben wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Mit ihrer Behauptung, daß die Vereinigten Staaten in Kürze manche wertvolle Arbeitskraft durch Rückwanderung verlieren werden, scheinen die Gegner des Entwurfes Recht zu behalten. Im Januar haben bereits nicht weniger als 13 000 Griechen, Italiener, Spanier, Portugiesen ihre Papiere im Paßbüro des New Yorker Custom House für die Rückkehr nach Europa in Empfang genommen. Die von Europa kommende Einwanderung in die Vereinigten Staaten zählte vor dem Krieg jährlich durchweg 1 200 000 Köpfe, die Rückwanderung etwa halb so viel. Für die Entwicklung des nordatlantischen Verkehrs in den nächsten Jahren, insbesondere für den Wiederaufbau des Dienstes der großen Passagierdampferlinien wird also die Behandlung der Einwanderungsfrage durch Amerika — auch Kanada scheint geneigt zu sein, künftig nur eine „wahlweise" Einwanderung gelten zu lassen — von der allergrößten Bedeutung sein.

A. K.

Über die bisherigen Arbeitsleistungen und die Organisation der amerikanischen staatlichen Riesenwerft auf Hog Island lassen sich einige interessante Angaben einem Berichte entnehmen, den der neue Präsident der American International Shipbuilding Corporation Mr. M. C. Brush kürzlich der mit der Untersuchung der verschiedenen Werftmißstände betrauten Kommission des Senats erstattete. Die von der Fleet Corporation erteilten Bauaufträge umfaßten

1)	50	Schiffe	von je	7500 t dw	zusammen	375 000 t dw
2)	60	„	„ „	7500 „	„	450 000 „
3)	70	„	„ „	8000 „	„	560 000 „
	180	Schiffe	von		zusammen	1 385 000 t dw

Von diesen 180 Schiffen hat die Werft bisher fünf Schiffe an das Schiffahrtsamt abgeliefert, davon sind vier in Dienst gestellt worden. Neun weitere Schiffe sind bereits vom Stapel gelaufen und werden ausgerüstet, fünfzig liegen noch auf den Hellingen. Der für den Bau der 180 Schiffe nötige Stahl, etwa 600 000 Tonnen, ist zum größeren Teile bereits geliefert, der Rest wird entweder noch von den Werkstätten bearbeitet oder befindet sich auf dem Wege von den Walzwerken dorthin. Ungefähr 90 Werke von Montreal bis Birmingham, Ala, und von Neu-England bis Minneapolis und Kansas City sind zurzeit beschäftigt, die Einzelteile der Schiffe fertigzustellen und fast 1100 verschiedene Schienenwege kommen für den Materialtransport in Betracht. (Die Zahlen lassen erkennen, welche außerordentliche Belastung des Eisenbahnverkehrs mit dem Betriebe der Riesenwerft verbunden ist.) Die Zahl der Arbeiter, die gegenwärtig auf der Werft beschäftigt sind, übersteigt 32 000.

Über die Baukosten der Schiffe und den vor kurzem gerüchtsweise gemeldeten Verkauf der ersten 25 Neubauten an einen fremden Käufer hat sich nunmehr auch der Leiter der Fleet Corporation Mr. Charles Piez näher ausgelassen. Er gibt die tatsächlichen Baukosten des ersten Schiffes mit 324 $ per t dw an, so daß das fertige 7500 t-Schiff auf 2 427 000 $ kommt. Die Kosten ermäßigen sich jedoch mit den weiteren Bauten, so daß das 25. Schiff voraussichtlich nur 212 $ per t dw erfordern wird. Ein Angebot, die ersten 25 von der Werft fertiggestellten Schiffe anzukaufen, sei dem Schiffahrtsamt vom Ausland zugegangen. Piez unterläßt genauere Angaben über den Käufer, fügt aber hinzu, daß es sich weder um England noch um Frankreich handle und daß er dem Schiffahrtsamt die Annahme des Angebots empfohlen habe. Der Kaufpreis solle nach den durchschnittlichen Baukosten der ersten 50 Schiffe berechnet werden und der Käufer gebe eine Frist von 9 Monaten bis Ablieferung des letzten (25.) Schiffes. Es empfehle sich, die Schiffe an das Ausland abzustoßen, da das amerikanische Bauprogramm eine beträchtliche Zahl von Schiffen dieser Größenklasse vorsehe — die künftige Jahresbauleistung der Hog Island Werft allein wird bei Vollbetrieb auf 2 500 000 t dw geschätzt und die Werft ist in ihren Anlagen vorwiegend auf diesen Typ eingestellt — und man in Zukunft einen wachsenden Bedarf an größeren und schnelleren Schiffen haben würde.

Ob die Bereitwilligkeit zum Verkauf der vielgepriesenen fabricated ships lediglich auf diese Erwägungen zurückzuführen ist, mag bezweifelt werden. Im allgemeinen wird das fabricated ship bisher von den amerikanischen Privatreedern nicht als sehr verlockendes Kaufobjekt angesehen. Das erste von Hog Island gelieferte Schiff, der Quistconck, hat bei Lloyds nicht die höchste Klasse erhalten können und erst die Nachprüfung des American Bureau, der neuen zur Auschaltung des britischen Lloyd errichteten amerikanischen Klassifikationsbehörde, gab den gewünschten Qualitätsausweis.

A. K.

Ölfeuerung und Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Schiffe. Die Anwendung der Ölfeuerung erscheint den führenden Männern der amerikanischen Schiffahrt als eine der wichtigsten und unerläßlichen Voraussetzungen für die Konkurrenzfähigkeit ihrer Schiffe. Mit lebhaftem Interesse verfolgt man deshalb drüben die Ergebnisse der Konferenzen und Verhandlungen, die gegenwärtig zwischen dem Schiffahrtsamt und den Vertretern der Ölproduzenten und Reedern gepflogen werden und die sich auf die Anlage von Ölbunkervorrichtungen in den verschiedenen amerikanischen Häfen sowie auf die Schaffung eines großzügigen Ölversorgungssystems für die Handelsschiffahrt richten. Über gewisse vorläufige Vereinbarungen ist man zunächst noch nicht hinausgekommen, aber man erwartet allgemein, daß der Weg für ein einheitliches Zusammenarbeiten aller Interessenten gefunden wird und zu dem gewünschten Erfolg führt. Die Vorteile der Ölfeuerung, nämlich größerer Aktionsradius der Schiffe, keine Zwischenbunkerungen, größere Ladefähigkeit, da der Heizstoff im Doppelboden mitgeführt werden kann, geringere Mannschaften, geringere Betriebskosten usw., sind für den Wettbewerb der amerikanischen Schiffe so wenig zu entbehren, daß man sich nötigenfalls entschließen wird, den Ölverbrauch zu Land zugunsten der Schiffahrt einzuschränken. Über neun Zehntel der amerikanischen Handelsflotte werden Einrichtungen für Ölfeuerung haben, insbesondere werden alle für die U. St. Emergency Fleet Corporation gebauten oder noch zu bauenden Stahlschiffe als Ölbrenner eingerichtet. Man erwartet, daß man künftig in allen Häfen des Landes Heizöl für Schiffe zu einem Preise von 7 $ per Tonne wird erhalten können. Der ausländische Wettbewerb, insbesondere England, würde, falls er ebenfalls der Übergang zur Ölfeuerung durchführen sollte, den Brennstoff erst einführen müssen, also höhere Preise haben und deshalb in weniger günstiger Stellung sein.

A. K.

Argentinien

Neues Schiffahrtsgesetz. Die argentinische Regierung veröffentlichte ein neues Schiffahrtsgesetz, das den Verkehr zwischen den Plätzen der argentinischen Küste ausschließlich der heimischen Flagge vorbehält und fremde Schiffe, die diese Be-

stimmung außer acht lassen, mit Strafe belegt. Das Gesetz ermächtigt ferner die Regierung, bis zur Höhe des jährlich im Budget aufgeworfenen Betrages Prämien an Werften oder argentinische Schiffahrtsgesellschaften, die regelmäßige Übersee- oder Küstenlinien einrichten, zu geben.

A. K.

Sonstiges

Weltschiffbau 1918. Nach Lloyds Register sind im Jahre 1918 in den verschiedenen Ländern (ausschließlich Deutschland und Österreich-Ungarn) an Handelsschiffen über 100 Reg.-T. vom Stapel gelassen:

	Dampfer oder a) aus Stahl		Motorschiffe b) aus Holz		Segler (Holz)		Zusammen	
	Zahl	Br.-R.-T.	Zahl	Br.-R.-T.	Zahl	Br.-R.-T.	Zahl	Br.-R.-T.
Großbritannien	300	1 344 275	—	—	1	3 845	301	1 348 120
Kanada Große Seen.	18	10 216	4	9 174	—	—	206	279 904
Kanada Küste	19	72 398	52	100 178	84	36 225		
Andere brit. Kolonien	6	10 882	7	6 395	16	4 436	9	11 778
China	8	10 983	1	790	—	—	13	26 150
Dänemark	8	24 311	3	1 255	2	554	3	13 715
Frankreich	3	13 715	—	—	—	—	74	74 026
Holland	74	74 026	—	—	—	—	15	60 791
Italien	11	59 391	3	950	1	450	198	489 924
Japan	157	448 731	41	31 193	—	—	51	47 723
Norwegen	44	45 832	7	1 891	—	—	13	5 311
Portugal	—	—	—	—	13	5 311	36	39 583
Schweden	22	35 331	11	3 617	3	635	18	17 389
Spanien	12	16 074	4	815	2	500		
Verein. Staaten Atlant. Küste	152	734 587	86	185 789	32*)	33 464*)	929	3 033 030
Verein. Staaten Golfhäfen	3	4 110	56	124 702	7	5 225		
Verein. Staaten Pacifickküste	160	922 919	237	575 747	8	15 600		
Verein. Staaten Große Seen	187	428 494	1	2 383	—	—		
	1 184	4 295 340	513	1 044 850	169	106 215	1866	5 447 444

*) darunter ein Stahlsegelschiff von 1677 Br.-Reg.-T.

Es wurden mithin in allen Ländern außer Deutschland und Österreich-Ungarn 5 447 444 Br.-Reg.-T. zu Wasser gelassen. Ein ähnliches Jahresergebnis ist bisher niemals auch nur annähernd erreicht worden. Es erhebt sich um mehr als 65 % über das Ergebnis des Jahres 1913, das vor dem Kriege die höchste Bauleistung (einschließlich der Produktion der Mittelmächte) zu verzeichnen hatte. Stählerne Dampfer von der Größenklasse 5—10 000 Br.-Reg.-T. wurden nicht weniger als 439 zu Wasser gelassen, das sind etwa 28 % der vor dem Kriege vorhandenen Schiffe dieser Größe. Eine bemerkenswerte Neuerscheinung ist der große Umfang des Holzschiffbaus, als dessen Hauptstätten die Vereinigten Staaten und die kanadische Küste in Betracht kommen. Mehr als ein Fünftel der gesamten Jahresleistung des Weltschiffbaus entfiel auf Holzbauten.

Großbritannien hat 1 348 120 Br.-Reg.-T. zu Wasser gelassen. Diese Leistung bleibt um 584 033 Br.-Reg.-T. hinter der des Rekordjahrs 1913 zurück und ist um 26 v. H. niedriger als der Durchschnitt in den drei letzten Friedensjahren 1911—1913. Andererseits übersteigt das Ergebnis von 1918 die Produktion von 1916 um 739 885 Br.-Reg.T., diejenige von 1917 um 185 224 Br.-Reg.-T. Die vom Stapel gelaufenen Schiffe sind mit Ausnahme von 4 Dampfern mit 12 325 Br.-Reg.-T., die von Frankreich bestellt waren, für englische Rechnung gebaut. Von ihnen fallen 127 in die Größenklasse 5—6000 Br.-Reg.-T., 40 sind zwischen 6—10 000 und 5 zwischen 10—14 500 Br.-Reg.-T. groß. Unter Berücksichtigung der Schiffe mit mehr als 500 Br.-Reg.-T. beträgt der Durchschnittsraum für den einzelnen Dampfer: 1918 4593 Br.-Reg.-T., 1917 4933 Br.-Reg.-T., 1916 4080 Br.-Reg.-T., 1915 3791 Br.-Reg.-T., 1914 4416 Br.-Reg.-T.

Von der Gesamtproduktion von 1918 sind nahezu ¾ Standardschiffe, nämlich 198 Dampfer mit rund 886 000 Br.-Reg.-T. Mit Dampfturbinen wurden 9 Schiffe von 59 729 Br.-Reg.-T. ausgerüstet. Die Zahl der nach dem Isherwood-System gebauten Schiffe belief sich auf 19 mit 123 773 Br.-Reg.-T., davon waren 15 mit 98 162 Br.-Reg.-T. für den Öltransport bestimmt. Ebenfalls für Öltransporte waren weitere 20 Schiffe mit 156 414 Br.-Reg.-T. bestimmt.

An dem zu Wasser gelassenen Welthandelsschiffraum betrug Englands Bauanteil 1894—1898 74,7 v. H., 1899—1903 60 v. H., 1904—1908 59,8 v. H., 1909—1913 61,1 v. H., 1914—1918 38,6 v. H.

Außerhalb Großbritanniens (und der Mittelmächte) haben 4 099 324 Br.-Reg.-T. die Helling verlassen. Das sind 131 % mehr als im vorhergehenden Jahre. Der außerenglische Schiffbau ragt damit um 2 698 595 Br.-Reg.T. über seine Leistungen im bisherigen Rekordjahre 1913 hinaus. Die neue Verschiebung in den Verhältnissen des Weltschiffbaues ist auf die gewaltige Entwicklung zurückzuführen, die der Schiffbau während der letzten Kriegsjahre in den Vereinigten Staaten, Japan und Kanada genommen hat. Diese drei Länder lieferten 92 % der außerenglischen Bauleistung.

Die Vereinigten Staaten haben im letzten Jahre dreimal so viel als im Vorjahre und mehr als im ganzen Jahrzehnt 1907—1916 vom Stapel gelassen. Sie standen an der Spitze aller Schiffbauländer mit einer Produktion, die die Bauleistung der gesamten übrigen Welt um 25 % überragt. Von den zu Wasser gelassenen Stahlschiffen waren 11 zwischen 8—9000 und 204 zwischen 5—8000 Br.-Reg.T. groß. Von den Holzschiffen maßen 326 über 2000 Br.-Reg.-T. Mit Turbinen waren 188 Schiffe ausgerüstet, nach dem Isherwood-System sind 93 Dampfer gebaut worden, davon 22 (sowie 5 andere) für den Öltransport. 67 Segler waren mit Hilfsmaschinen versehen. Auf Holzbauten entfielen insgesamt 31 % der amerikanischen Jahreserzeugung.

Japans Bauleistung war 140 000 Br.-Reg.-T. größer als im Vorjahre und zehnmal so groß wie im Jahre 1915. Von den zu Wasser gelassenen Schiffen gehörten 36 Dampfer der Größenklasse über 5000 Br.-Reg.T. an.

Stellen wir die Bauergebnisse der drei hauptsächlichen Schiffbauländer in den Jahren 1913/18 nach Lloyds Register noch einmal übersichtlich nebeneinander, so ergibt sich:

	Großbritannien Br.-R.-T.	Verein. Staaten Br.-R.-T.	Japan Br. R.-T.
1913	1 932 153	276 448	64 664
1914	1 683 553	200 762	85 861
1915	650 919	177 460	49 408
1916	608 235	504 247	145 624
1917	1 162 896	997 919	350 141
1918	1 348 120	3 033 030	489 924

Kanada hat vier Fünftel seiner Jahresproduktion auf den Küstenwerften, ein Fünftel auf den Schiffbauplätzen an den Großen Seen hergestellt.

Italiens Erzeugung übertrifft die des Vorjahres um 22 000 Br.-Reg.T. und zeigt den höchsten Stand seit 1905. Der hier vom Stapel gelassene Turbinendampfer Esperia ist mit 11 393 Br.-Reg.-T. das größte im außerenglischen (und außerdeutschen) Schiffbau des Jahres gebaute Schiff. Hollands Bauleistung ist infolge der Materialschwierigkeiten nur auf die Hälfte der vorjährigen gekommen, während Schweden das doppelte wie im Vorjahre gebaut hat. In Frankreich hat der Rückgang, den der Schiffbau seit Kriegsbeginn zeigt, auch im letzten Jahre angehalten.

Hb. K

Rohstoffe und Warenmärkte

Häute, Felle, Leder.

Französisch-Westafrika. Aus einem Bericht des Generalgouverneurs an das Kolonialinstitut in Marseille teilt uns Herr Konsul Linxweiler Folgendes mit:

„Während bis zum Jahre 1909 der jährliche Durchschnitt der Ausfuhr von Rindshäuten 500 - 550 t nicht überschritt, hat sie sich seitdem bedeutend entwickelt, wie folgende Zahlen zeigen: (t)

	Gesamtausfuhr	Davon nach Frankreich		Gesamtausfuhr	Davon nach Frankreich
1909 ..	676	312	1914 ..	2 508	840
1910 ..	746	345	1915 ..	2 883	2 019
1911 ..	884	402	1916 ..	2 839	2 620
1912 ..	1 174	429	1917 ..	2 435	2 435
1913 ..	2 134	631			

Während früher alle Häute in getrocknetem Zustande ausgeführt wurden, nahm in den letzten Jahren die Ausfuhr gesalzener Häute bedeutend zu; so wurden vom Senegal allein 1917 1091 t davon ausgeführt.

Die Ursache dieser Entwickelung liegt nicht in der Ausdehnung des Fleischkonsums, sondern in derjenigen der Rinderpest, die sich in kleinerm Maßstabe schon seit 1910/11 bemerkbar machte, aber erst seit 1915 einen epidemischen Charakter annahm. Während früher die Eingeborenen die Häute verendeter Tiere nicht abzogen, geschah das natürlich infolge der großen Anzahl der von der Pest betroffenen Tiere in bedeutenderem Maßstabe und hierin liegt der Grund der vermehrten Ausfuhr. Infolge des zurückgegangenen Viehbestandes und der größtenteils erloschenen Epidemie machte sich ein bedeutender Rückgang der Ausfuhr bemerkbar. An-

statt 36 000 Stück monatlichen Durchschnitts in den 3 vorhergehenden Jahren betrug die Ausfuhr 1918 nur mehr 12 000 Stück und man erwartet für das laufende Geschäftsjahr einen noch bedeutenderen Rückgang. Jedoch dürfte jetzt der größte Tiefstand erreicht sein. Immerhin muß man für die nächsten 10 Jahre mit einer Verringerung der Ausfuhr im Vergleich mit 1915/17 von mindestens 40—50 % rechnen".

England. Seit dem 1. 2. ist die Einfuhr von Rohhäuten aller Art wieder frei. Auch sind alle den Handel beschränkenden Vorschriften beseitigt.

Wert der Ein- und Ausfuhr in 1000 £.

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1917	1918	1917	1918
Häute und Felle	14 589	16 809	1317	1201
Salzhäute	876	1 047	—	—
Trockene Häute	689	553	—	—
Leder	9 417	10 219	4968	1545
Schuhwaren	736	513	6871	2491

Vereinigte Staaten. Die Einfuhrbeschränkungen sind seit Beginn des Jahres aufgehoben. Über den geplanten internationalen Häute- und Leder-Pool sind Einzelheiten noch nicht bekannt.

Holland. Außer der Lieferung von Gerbstoffen ist seitens England die Einfuhr von 150 000 indischen und 250 000 argentinischen und anderen Häuten ohne Gegenseitigkeit gestattet worden, ferner gegebenenfalls durch Tausch noch 100 000 Häute und 300 t Leder.

Dem Bericht der Rotterdamer Maklerfirma M. & C. W. Brenkelmann entnehmen wir: „Im verflossenen Jahr lag der holländische Markt so gut wie ganz still. In Javahäuten war das Geschäft ganz auf spärliche Umsätze aus zweiter Hand beschränkt.

Die Preise auf Java sind nicht erheblich gestiegen. Im September wurden Büffelhäute zu 80 fl angeboten. Die Zufuhren nach Holland bestanden im wesentlichen in 10 000 Stück Kap- und Sudanhäuten, die im Februar und März zur Einschreibung kamen und aus 10 000 Saladero Ochsenhäuten die im Juli zu je 160 cts verkauft wurden. Inlandsware war zu Beginn des Jahres unter Höchstpreisen zu haben.

	Vorrat 1.1.18	Zufuhren 1918	Verkauf	Vorrat 1.1.19
Ostind. Rindshäute Stück	1000	—	—	1 000
„ Büffelhäute „	—	—	—	—
Chines. Rindshäute „	—	—	—	—
„ Büffelhäute „	—	—	—	—
Versch. Südamerikanische Häute „	1500	20 000	11 500	10 000
Insgesamt Stück	2500	20 000	11 500	11 000

Rußland. Das Ledermonopol ist lt. „Ag. éc." v. 23. 1. aufgehoben worden.

Dänemark. Die Zufuhren von Rohstoffen für die Schuhwarenindustrie haben sich so gebessert, daß die Betriebe in kurzer Zeit wieder in normaler Weise arbeiten können und auch an eine Wiederaufnahme des Ausfuhrgeschäfts gedacht werden kann.

Deutschland. Die Bewirtschaftung aller die Lederindustrie berührenden Fragen gibt ab 15. 2. das Demobilmachungsamt wieder an das Reichswirtschaftsamt zurück. Dieses wird sich weiter auf den neugebildeten Fachausschuß der Lederindustrie stützen. Die Höchstpreise und die Beschlagnahmebestimmungen müssen einstweilen noch bestehen bleiben. Letztere sind nur für die besetzten Gebiete aufgehoben. Für die Zukunft ist, wie auf der Sitzung des Fachausschusses der Lederindustrie mitgeteilt wurde, noch mit außerordentlichem Mangel an Leder zu rechnen. Wenn man auch dem Abbau der Zwangswirtschaft durchaus nicht feindlich gegenüberstehe, so sei doch mit dem Aufhören der staatlichen Ueberwachung vorläufig nicht zu rechnen. Die Reichslederhandelsgesellschaft soll auf den 1. April aufgelöst werden und dafür ein Karten- und Einschreibesystem eingeführt werden, durch das unter allen Umständen die Versorgung der letzten Hand gesichert werde.

Für die Bewirtschaftung frei werdender Heeresbestände wurde in Berlin die Altlederverwertungsstelle gegründet.

Pelze

Schweiz. Der vor einigen Jahren in Luzern begründete Pelzmarkt soll zu einer internationalen Messe ausgestaltet werden, die alljährlich vom 20.—27. März stattfindet.

Vereinigte Staaten. In den Kriegsjahren ist New York zu einem der wichtigsten Plätze des internationalen Pelzhandels und zum ersten Platz des amerikanischen Geschäfts geworden. Mindestens 165 Mill. $ arbeiten lt. „J. of C." im New Yorker Pelzgeschäft. Man erwartet, daß die Preise sich halten werden, denn die Nachfrage nach Luxusware ist sehr groß; besonders beliebt ist Siberfuchs, dagegen sind Bärenfelle, Zibetkatze, Leoparden weniger gefragt.

Gerbstoffe

Südamerika. Die Quebrachoerzeugung von Argentinien und Paraguay wird gegenwärtig auf etwa 230 000 t jährlich geschätzt; 1917 betrug sie nur 117 000 t, die fast ganz ausgeführt wurden. Der bedeutendste Produzent ist die Forestal Land, Timber & Railways Co., die die Erzeugnisse der kleineren Fabriken aufkauft und den Markt so gut wie ganz beherrscht. Durch sie kontrolliert England die Ausfuhr. Insgesamt wurden 1917 von Argentinien und Paraguay 117 000 t ausgeführt, davon 102 000 t durch die Forestal Co. Die Lieferungsverträge, durch die die Gesellschaft die gesamte Erzeugung beherrschte, sind nicht erneuert worden.

Die Verschiffungen von Quebrachoextrakt betrugen in t:

	1917	%	1913	%
Alliierte Länder	66 750	55,7	27 630	27,9
Mittelmächte	—	—	20 630	20 8
Neutrale in Europa	7 287	6,1	2 150	2,2
Vereinigte Staaten	44 793	37,4	43 719	44,2
Südamerika	940	0 8	4 861	4 9
Insgesamt	119 770	100	98 990	100

Die Preise für Quebrachoextrakt, die in Argentinien trotz der Überproduktion und der Verschiffungsschwierigkeiten in den Kriegsjahren auf mehr als das Doppelte gegen Friedenszeiten gestiegen waren, sind auf etwa 100 $ Gold gesunken.

Holland. Nach dem Rohstoffverteilungsplan soll Holland lt. „Telegr." v. 21. 1. 13 400 t Gerbstoffe, Basis 30 % Gerbsäure, und 300 t Bichromat für das erste Viertel des Jahres 1919 aus England erhalten. Damit würden die holländischen Gerbereien mindestens mit der Hälfte oder 2/3 ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten können. Außerdem ist eine Sonderzuteilung von 4000 t Gerbstoff zugebilligt worden.

Vereinigte Staaten. Alle Einfuhrbeschränkungen für Gerbstoffe und Gerbextrakte sind seit 11. 1. aufgehoben, jedoch ist Einfuhranmeldung beibehalten.

Deutschland. Die neuen Preise für Gerbextrakte der Kriegsleder A. G. lauten in ℳ für 100 kg.

		bisher	Erhöhung %
Eichenrindenextrakt, Eichenholzextrakt	137.50	120.—	25
Fichtenrindenextrakt	121.—	105.60	22
Kastanienholzextrakt	154.—	134 40	28
Sumachextrakt	132.—	115.20	24

Öle, Ölsaaten, Ölfrüchte

Einem Bericht von Herrn Gustav Lipschütz, Hamburg, entnehmen wir:

Holland. „In den Kolonien ist der Markt fest. Preise wenig verändert, Angebot beschränkt, besonders für prompte Lieferung, weil große Quantitäten Kokosöl an die holländische Regierung zu liefern sind. Einige Ladungen hiervon sowie von amerikanischem Baumwollsaatöl sind bereits eingetroffen und werden für die Margarineversorgung der holländischen Bevölkerung verwandt.

Kokosöl, Kopra, Erdnußöl, Kokoskuchen, Rizinusöl, Java-Erdnußkerne bleiben noch unverändert.

Die Frachtraten von Niederl.-Indien sind um 30 % erniedrigt worden, was zur Belebung des Geschäfts beitragen dürfte.

Sansibar. Die Kopraausfuhr wird vom „Publ. Ledger" v. 7. 2. in 1917 mit 6583 t gegen 5742 t in 1916 gemeldet.

Newyork. Koprabericht v. 24. 1.: Unsicher. Eine Seglerladung Südsee wechselte an der Pacificküste die Hände zu einem Preise Parität 8 $c in Säcken. Eigner verlangen jetzt 8¼ bis 8½. Java sundried 9¼ bis 9½ $c, Lieferung Newyork, Südsee 9¼ in Säcken.

Bericht v. 6. 2: Kopra abwartend. Man berichtet, daß auf den Südseeinseln ein ziemlicher Vorrat für europäische Rechnung gehalten wird. Eigner können daselbst höhere Preise machen als in den Vereinigten Staaten.

Marseille. Kopra notiert 6. 2. 377 frs je 100 kg.

Liverpool. Bericht v. 30. 1: Palmkerne: Die Mühlen sind in voller Tätigkeit und reichlich versehen infolge dauernder Zufuhren. — Palmöl: Vorräte genügen reichlich für den Bedarf. — Talg: Die Kontrolle wurde aufgehoben, ausgenommen, was Preise betrifft. Geschäfte wurden nicht gemeldet."

Südsee. Die Kopragewinnung beträgt gegenwärtig etwa 70 000 t jährlich = 14,5 % der Weltproduktion. In den französischen Besitzungen wird seit 1. 7. 18 ein Kokosöl-Ausfuhrzoll von 2 fr für 100 l erhoben.

Vereinigte Malayenstaaten.

Ausfuhr	1916		1917	
	t	£	t	£
Kopra ...	14 823	249 869	21 055	292 265
Kokosöl ..	7 891	285 373	5 787	209 896

Philippinen. Die Zahl der Kokospalmen wird lt. „J. of C." v. 12. 12. auf 75 Mill. Stück in 1918 geschätzt. Der Wert der Ausfuhr in 8 Monaten betrug in Mill. $:

	1918	1917		1918
Kopra....	4,8	4,4	Kokosöl....	16,2

Japan. Die Japaner beherrschen jetzt so gut wie vollständig den Soyabohnenhandel der Mandschurei. Im letzten Jahre waren die Zufuhren lt. „J. of C." v. 19. 1. sehr groß und die Ölausbeute nur durch die geringe Leistungsfähigkeit der Mühlen bedingt. Eine Reihe neuer großer Fabriken in der Mandschurei und in Japan nahm den Betrieb auf und die vorhandenen vergrößerten sich.

Indien. Die Anbaufläche von Leinsaat betrug lt. „Corn Tr. News" 1918/19: 2 Mill. acres gegen 4,07 Mill. i. V. Die Ausfuhr nach England betrug 292 000 qrs gegen 306 000 in 1917. Die Aussichten der neuen Ernte leiden unter der Ungunst der Witterung.

Die Sesamernte betrug 1917/18 340 200 t gegen 457 000 i. V. Der Rückgang ist auf die andauernden Regen in den Monaten September u. Oktober zurückzuführen.

Ägypten. 1917/18 wurden 2,6 Mill ard. Baumwollsaat nach England ausgeführt; der heimische Verbrauch betrug rd. 1 Mill. ard.

Westafrika. Durch ein Dekret v. 14. 1. 19 ist laut „Gaz. Col." v. 24. 1. die ganze oder teilweise Beschlagnahme aller Ölfrüchte und Ölsaaten für die Ausfuhr aus den französischen Kolonien verfügt. Lt. „Afr. World" v. 8. 2. sind die Frachtsätze für westafrikanische Erdnüsse (geschält) seit 1. 2. von 9 £ auf 4 £ 10 s je t ermäßigt worden.

In **Portugiesisch-Guinea** lagern derartige Vorräte von Ölsaaten, daß der Gouverneur beantragte, die Ausfuhr freizugeben.

Trinidad. Ausfuhr von Kokosnüssen betrug 1917 16 5 Mill. Stück, wovon 13 8 Mill. nach den Ver.-Staaten gingen. Ferner wurden 7,2 Mill. lbs. Kopra ausgeführt, davon 3.2 nach den Ver. Staaten. Kokosöl wird nur für den heimischen Gebrauch hergestellt.

Vereinigte Staaten. Die Einfuhr von Kopra und Kokosöl betrug lt. „B. T. J." v. 20. 2. in dem Jahr bis 30. 6. 18:

	Kopra		Kokosöl	
	Mill. lbs	i.W.v. Mill.$	Mill. lbs	i.W.v. Mill.$
Insgesamt	486 9	26,9	259,2	30,9
Davon aus Jamaika	1 5	0,1	—	—
Trinidad	3.9	0.3	—	—
Straits Settl.....	17.0	1.0	0.15	—
Niederl. Indien ...	45 3	2 4	39 4	5.0
Japan	7 3	0 3	59 2	6 9
Australien	96.3	6.1	2 9	0,3
Neuseeland u. a...	48.0	3.1	0 2	—
Franz. Ozeanien...	29.3	2 0	0,3	—
Deutsche Südsee..	14.4	0.8	—	—
Philippinen.....	219,5	9,9	154,7	18 2

Alle Einfuhr- und Handelsbeschränkungen für Kopra, Rizinussaat und -öl sind aufgehoben. Leinsaat vom La Plata darf bis zu 15 000 t in den Monaten Januar—April eingeführt werden.

Für die Ausfuhr nach den alliierten Ländern wurden freigegeben: 75 000 tons Baumwollmehl oder -kuchen, 25,000 tons Baumwollöl und 75 000 tons andere pflanzlichen Öle.

Die Ausfuhr betrug in der Zeit von Juni—Mai:

	1918		1917	
	Mill. lbs	Mill $	Mill. lbs	Mill. $
Baumwollsaatöl	100 0	18 1	158.9	19,8
Oleoöil	56 6	12.1	67,1	11,0
Schmalz	392 4	98.2	444.7	77.0
Neutrallard	4.2	1.0	17 5	3.1
Schmalz und Talg	31,2	6.6	56,3	8,2

England. Die Margarineindustrie ist lt. „Times" v. 19 1. zu einer Leistungsfähigkeit von 6700 tons die Woche zu Beginn 1919 gegen 1500 im Jahre 1914 gebracht worden. Man hofft, sie in kurzem auf 10 000 tons zu bringen. Während England noch im Winter 1917/18 auf die Einfuhr von etwa 2000 tons Margarine die Woche aus Holland angewiesen war, ist die Lage jetzt so, daß man auf die Einfuhr aus dem Ausland ganz verzichten kann.

Der Handel mit Leinsaat, Raps und Rizinusöl ist seit dem 1. 2. für den heimischen Verbrauch freigegeben worden, da die Vorräte genügen, um alle Verbraucher zu beliefern. Die seit dem 13. 1. geltenden Ankaufspreise für Ölsaaten sind in £ je t:

Kopra	39—40	Kokosöl	60
Baumwollsaat.....	15 - 19	Baumwollsaat	60 (roh) 95 raff.
Leinsaat.....	28—30	Oleoöil 100	
Palmkerne	26	Premier Jus..	94
Rapsaat	25—27	Soyaöl	60 (roh) 75 raff.

Künftig wird die Oil & Oilseedbrookers Ass. als Bindeglied zwischen dem Ernährungsamt und den Importeuren dienen.

Frankreich. Seit dem 4. 2. ist lt. „Inf." v. 7. 2. die Beschlagnahme von Oliven- und Rapsöl aufgehoben. Um den Absatz der Palmkernvorräte des Staates zu erleichtern, sind für Öle und Fette daraus die Friedenspreise wiederhergestellt worden.

Spanien. Die Ausfuhrmenge von Olivenöl ist lt. „Epoca" v. 3. 2. für 1919 auf 90 Mill. kg einschl. der bereits früher bewilligten, aber noch nicht ausgeführten Mengen festgesetzt worden. Die Ausfuhrerlaubnis muß vom Ernährungsminister eingeholt werden. Der Zoll wurde auf 20—25 Pes. herabgesetzt. Im Januar wurden seit Freigabe der Ausfuhr 4,2 Mill. kg ausgeführt, davon 1,2 Mill. über Barzelona und 1,7 über Malaga.

Während der Preis im Frieden 28—30 Pesetas für 15 kg betrug, war der Höchstpreis im Febr. d. J. für Öle mit weniger als 3° Säure 17,25—17,50 die Arroba von 11.5 kg, leichtere 13 75.

	1912 bzw. 13	1917
Olivenanbaufläche in 1000 ha	1447	1504
Olivenernte in 1000 t.....	1486	2704
Ausfuhr von Oliven in 1000 t.....	0,9	20
Ölerzeugung „ „ „	—	427
Ausfuhr von Olivenöl „ „ „	30	81,5

Italien. Die Olivenernten betrugen nach amtlichen Zahlen in t:

	Mittel 1909/16	1916	1917
Insgesamt	1 085,4	1 292.2	1 285,5

Der bisherige Höchstpreis ist 450 Lire je quintal.

Griechenland. Die Erzeugung von Olivenöl betrug 1918 lt. „Handelsberichten" v. 13. 2.: in Alt- und Neugriechenland ohne die Insel Euböa 85 Mill. Oka (106 Mill. kg) gegen 44 Mill. Oka im Vorjahr. Es sind noch bedeutende Vorräte vorhanden. Es bestehen vorläufig keinerlei Ausfuhrbeschränkungen.

Dänemark. Nachdem 10 000 t Soyabohnen in Kopenhagen angekommen sind, hat Mitte Februar die Margarinefabrik „Soyakagefabriken" den Betrieb wieder aufgenommen. Ferner wurde seitens des amerikanischen Kriegsamts 50 000 t Ölkuchen für Dänemark freigegeben.

Holland. Lt. „Olien en Vetten" hat die Entente Lieferung von 80 000 t Fett zugesagt, falls die Buttererzeugung 20 000 t nicht übertrifft. In diesem Fall soll entsprechend weniger geliefert werden.

Deutschland. An Stelle des Reichsausschusses für pflanzliche und tierische Öle und Fette ist seit Februar d. J. die Reichsstelle für Speisefette, G. m. b. H., Berlin, getreten.

Verantwortlich: für Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten Hauptschriftleiter Dr. Paul Heile; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer; Anzeigenteil Horst Weyhmann, Geschäftsführer des W.-D.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5
Druck von H. O. Persiehl, Hamburg 8.